

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Wien, 30. Juni: Mehr als hunderttausend demonstrieren gegen die Einführung des Zwölf-Stunden-Tags durch die ÖVP/FPÖ-Regierung Österreichs.

- **Erdogan und AKP/MHP gewinnen Wahlen in der Türkei**
- **Köln: Wohnungspolitik ist das zentrale Thema der Stadt. Die Linke fordert Task-Force Wohnen**
- **Lektürebericht: Rechtspopulismus und Gewerkschaften**
- **Europäisches Arbeits- und Sozialrecht – Update**
- **Zerbricht die Union von CDU und CSU?**
- **Kalenderblatt: Frankreich 1841–2017, Droit du travail en vigilance orange (Alarmstufe orange für Arbeitnehmerrechte)**

Ausgabe Nr. 7 am 12. Juli 2018, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Dreimal unilateral

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Ab 11. bis zum 13. Juli treffen sich die EU-Innen- und Justizminister in Innsbruck; vorab wollen das Seehofer (Deutschland, CSU), Matteo Salvini (Italien, Lega Nord), Herbert Kickl, Österreich, FPÖ), alle drei Verfechter eines nationalstaatlich begründeten strengen Grenzregimes. Politisch Interessierte wissen, vor welche Probleme die Gestaltung der Grenze zwischen Irland und Nordirland die Brexiters gestellt hat. Der Konfessions- und Bürgerkrieg in Nordirland sind der Öffentlichkeit noch gegenwärtig. Weniger bekannt ist der Konfliktstoff, den die Wiedererrichtung der Brennergrenze freisetzen würde.

Selbst wenn es mit Mitteln der Hochtechnologie gelingen würde, den Warenverkehr zwischen dem Süden und Zentraleuropa flüssig zu halten, die Behinderung des Personenverkehrs wäre auf keinen Fall zu vermeiden. Damit wären Beziehungen des Alltags, des kleinen Grenzverkehrs und der kulturellen Verflechtung zwischen dem italienischen und dem österreichischen Tirol belastet, der Nationalitätenkonflikt, der in Südtirol latent ist, würde angeheizt. Auch wäre der Aufwand immens. Da es um eine

einseitige Maßnahme geht, wäre es mit verstärkter Polizeipräsenz an den Hauptübergängen nicht getan. Die Republik Österreich müsste ihre Alpengrenze bemannt und militärische Einrichtungen bauen, denn Polizei und Militär müssen gemeinsam ans Werk. Eine dementsprechend angelegte Übung hat die Republik Österreich an der Grenze zu Slowenien am 26. Juni mit großem Trara abgehalten. Der Verlauf muss ernüchternd gewesen sein. Die Alpengrenze zu Italien ist 430, die zu Slowenien 330 Kilometer lang. Österreich hat knapp 9 Millionen Einwohner.

Die kulturellen und wirtschaftlichen Belastungen durch „Grenzsicherungsmaßnahmen“ würden drückend sein. Würde sich die Konfliktlage zwischen der italienischen Regierung und der autonomen Region Südtirol im Zuge dessen verschärfen, würde die österreichische Regierung sich gefordert sehen, sie sieht sich als Unterzeichner eines Grenzabkommens von 1946 als eine Art Schutz- und Garantiemacht der Autonomie in Südtirol/Alto Adige.

Die wirtschaftlichen und zivilisatorischen Verluste, die infolge zuerst einer deutschen, dann einer österreichischen „Grenzschließung“ drohen, sind unschätzbar groß. Unilateral hat das Zeug zum Unwort des Jahres 2018.

Frankreich: Eisenbahn-Gesetz in Kraft getreten

MATTHIAS PAYKOWSKI KARLSRUHE

Am 27. Juni wurde das Gesetz zur Reform für einen neuen Eisenbahnpakt unterschrieben und damit erlassen. Zuvor hatte es die Nationalversammlung und mit Änderungen auch den Senat passiert. Ab 2020 wird die SNCF in drei Aktiengesellschaften aufgeteilt und schrittweise geöffnet für Wettbewerber. Änderungen durch den Senat führen dazu, dass die für den Zugbetrieb zuständige SNCF Mobilités und die für Netz und Infrastruktur zuständige SNCF Réseau in staatlichem Besitz verbleiben. Ihre Aktien sind nicht übertragbar und der Staat übernimmt ca. 35 Milliarden Euro der 46 Milliarden Euro Schulden für Netz und Infrastruktur. Das derzeitige Statut der Eisenbahn-Beschäftigten wird ab 2020 für Neueinstellungen nicht mehr gelten.

CGT-Cheminot und SUD-Rail haben auch für Juli eine Fortsetzung der Streiks angekündigt, die anderen Gewerkschaften haben von weiteren Aktionen zumindest in der Urlaubszeit Abstand genommen. Die Streikbeteiligung ist Ende Juni auf unter zehn Prozent gesunken. Die Gewerkschaften haben ihr Ziel, das Gesetz zu stoppen, nicht erreicht. Eine Demütigung der Streikenden durch das

Management konnte nur durch gerichtliche Entscheidung verhindert werden. Das Management der SNCF hatte eine Reduzierung der Gehaltszahlungen auch für die in der Streikzeit anfallenden zu bezahlenden Ruhetage versucht.

Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, dass der Streik bei der SNCF, bei Air France und anderen sich mit gesellschaftlichen Bewegungen verbindet. France Insoumise und andere Linke hatten darauf gehofft und mobilisiert. Die CGT, die sich in den 90er Jahren aus der Rolle des „Transmissionsriemens“ der kommunistischen Partei PCF gelöst hatte, hat in dieser Auseinandersetzung ihren Grundsatz aufgegeben und zu politischen Aktionen von France Insoumise aufgerufen.

Mehr als hunderttausend bei der Demo gegen den Zwölf-Stunden-Tag in Wien!

AUGUSTIN KARGL, STEIERMARK

Ein großartiges Bild zeigte sich am Samstag am Heldenplatz in Wien. Mehr als 100 000 Menschen sind zur Demonstration gegen den 12-Stunden-Tag und gegen die 60-Stunden-Woche gekommen. Sie haben ein klares Zeichen gegen den Vorschlag der Bundesregierung zur Ausweitung der Arbeitszeit gesetzt. Die Gewerkschaften haben aufgerufen und aus ganz Österreich kamen die TeilnehmerInnen um ihre Kampfbereitschaft zu zeigen.

Ohne mit der Gewerkschaft und den Sozialpartnern zu verhandeln, will die Regierung das neue Arbeitszeitgesetz beschließen. Die höchstzulässige Arbeitszeit soll auf 12 Stunden am Tag und 60 Stunden die Woche hinaufgesetzt werden. Nach energischen Protesten von Gewerkschaft und Arbeiterkammer soll die elfte und zwölfte Stunde entgegen den ursprünglichen Plänen nun freiwillig geleistet werden.

„Ich kann das Geschwafel der Regierung von wegen Freiwilligkeit nicht mehr hören. Jeder, der nur ein Funken Ahnung von der Realität der ArbeitnehmerInnen und von echten Arbeitsplätzen hat, der weiß, dass es das im echten Arbeitsleben nicht spielt“, brachte Vida-Vorsitzender Roman Hebenstreit seinen großen Unmut über die Eingriffe der Regierung in das Arbeitsrecht im Rahmen der Schlussreden zur Demo am Wiener Heldenplatz lautstark zum Ausdruck. Vida ist die österreichische Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft.

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian betonte in seiner Rede am Heldenplatz, dass die große Demonstration erst der Anfang der Proteste sei und definitiv nicht das Ende: „Wir werden Widerstand leisten mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com



Eine kleine Gruppe aus Salzburg bei der Demonstration in Wien

stehen. Nächste Woche werden wir unsere Position in vielen Versammlungen in den Betrieben erklären und die Beschäftigten informieren“, so Katzian. „Wir werden alles dafür tun, dass die Umsetzung dieses Gesetzes verhindert wird!“

Der Unmut über Eingriffe ins Arbeitsrecht ist groß. Das zeigte sich beim Marsch durch die Mariahilferstraße. Beifall von den Passanten, viele Zuschauer schlossen sich dem lautstarken Marsch an.

Bis jetzt verspürte die Regierung wenig Gegenwind bei ihren Reformvorschlägen, außer bei der Aufhebung des Rauchverbotes, da unterschrieben 500 000 den Antrag für ein Volksbegehren. Jetzt scheint die Regierung aber zu weit gegangen zu sein, die ÖVP gibt sich offen als neoliberale Partei und erfüllt die Wünsche der Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer. Für die FPÖ, die Partei „des kleinen fleißigen Mannes“, die „neue Arbeiterpartei“ wird es schwieriger, den Sozialabbau, die Zerschlagung der AUVA, Verlängerung der Arbeitszeit als sozialen Fortschritt zu erklären. In Oberösterreich sind Plakate aufgetaucht, wo es statt „FPÖ, die soziale Heimatpartei“ nur mehr „Heimatpartei“ heißt.

Sogar die österreichische Bischofskonferenz kritisiert die Regierung. Der Gesetzesvorschlag zur Änderung der Arbeitszeit sei „völkerrechtswidrig“, „demokratiepolitisch bedenklich“ und eine „Geringschätzung des Familienlebens“. Derart harte Worte kennt man von der österreichischen Bischofskonferenz eher nicht. Die Kirchenvertreter kritisieren die von der türkis-blauen Regierung geplante Arbeitszeitflexibilisierung scharf

und ersuchen den Nationalrat, Abstand vom Beschluss zu nehmen.

Das neue Gesetz soll in den nächsten Tagen im Parlament beschlossen werden. Unterlagen: https://www.neinzum12studenten.at/wp-content/uploads/2018/06/1_AZG_ARG_Gesetzestexte.pdf; <https://www.oegb.at>

Italienische Reise: Widersprüche zwischen 5 Sterne und Lega?

PAOLA GIACULLI, BERLIN, EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Teil 1: Arbeitsmarktreform

In Italien zeichnen sich kleine Risse der Koalitionsregierung zwischen 5 Sterne und Lega ab, und zwar bei den vorgesehenen Arbeitsmarktmaßnahmen zur Einschränkung von befristeten Arbeitsverträgen bzw. zu Betriebsverlagerungen. Das ist auf den ersten Blick keine große Sache, wird aber von Gewerkschaftern als positives Signal gesehen (bzw. eines, das in die richtige Richtung geht, aber nicht ausreicht). Andere Beobachter sehen darin eine Chance für die Linke. Der italienische Innenminister Matteo Salvini, dessen Lega-Klientel ebenso wie die italienische Vereinigung der Arbeitgeber gehen davon aus, dass die strittigen Entscheidungen „im Parlament verbessert werden“. Gleichzeitig gibt es in Italien weitere Betriebsschließungen bzw. -verlagerungen und weitere grundlose Massenentlassungen... Bei allen Differenzen zwischen 5 Sterne und Lega sollte alles mit Vorsicht betrachtet werden: vielleicht wünschen sich viele, dass 5 Sterne endlich gegen die Lega rebelliert – völlig legitim! – und daher wird jeder Schritt genau beobachtet. 5 Sterne hat das Ministerium für wirtschaftliche Entwick-

lung sowie das für Arbeit und Sozialpolitik – und da war Konflikt mit der Lega von Anfang an angesagt. Minister ist der 5-Sterne-Vorsitzende und stellvertretender Ministerpräsident Luigi di Maio. Zu den geplanten Arbeitsmarktmaßnahmen sagte er (gegenüber den Aussagen Salvini): diese Maßnahmen dürfen nicht verwässert werden!

Teil 2: Gerichtsurteil wegen Veruntreuung

Die Lega hat 49 Millionen Euro veruntreut, jetzt hat Anfang Juli das oberste Kassationsgericht in Rom (vergleichbar mit dem Bundesgerichtshof) die Partei von Innenminister Matteo Salvini zur Rückzahlung der vollen Summe verpflichtet. Die Gelder – egal, wo die abzuschöpfen sind (d.h. bei allen zukünftigen Einkünften der Lega) – seien zu beschlagnahmen. Die ehemalige Parteispitze um den Gründer der Lega Nord, Umberto Bossi, hatte im Laufe der Jahre bei diversen Gelegenheiten diese Summe veruntreut, zweckentfremdet und an den Regeln der Parteienfinanzierung vorbeigeschleust. Salvini, der Bossi als Parteiführer beerbt hat aufgrund dieser Verbrechen, wettet gegen „ein politisches Urteil, um die Lega zu vernichten“, es gebe keine Demokratie, nur in der Türkei hätten die Richter eine Partei verboten (!). Da der Partei der Bankrott droht, prahlt er schon mit Plan B: der Neugründung einer Partei. – Lapidarer Kommentar der 5 Sterne: Urteile müssen respektiert werden. Parlamentspräsident Roberto Fico (5 Sterne) legt nach und hat Österreichs Pläne zur möglichen Einführung dauerhafter Brenner-Grenzkontrollen in Reaktion auf eine neue Asylpolitik Deutschlands als „verwerfliche Politik“ angeprangert. „Österreich kann nicht daran denken, einfach die eigenen Grenzen zu schließen“.

Politik dagegen

Auf gesellschaftlicher Ebene passiert kaum etwas – der Aufschrei bleibt weiterhin aus. Es gibt einen Aufruf von Künstler*innen gegen Salvini und die Auseinandersetzung zwischen diesem und dem Journalisten und Buchautor Roberto Saviano: seit zehn Jahren erhält dieser Polizeischutz, weil ihn die Mafia mit der Ermordung bedroht. Nachdem er in der vergangenen Woche die neue italienische Regierung im Guardian scharf für ihre Flüchtlingspolitik kritisiert hatte, reagierte Matteo Salvini, Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident Italiens, mit der Drohung, ihm den Polizeischutz zu entziehen. Salvini wörtlich: „Die zuständigen Institutionen werden beurteilen können, ob er irgendeinem Risiko ausgesetzt ist – auch weil ich den Eindruck habe, dass er viel Zeit im Aus-

land verbringt. Sie werden berechnen, wie die Gelder der Italiener ausgegeben werden sollen. Ich schicke ihm ein Küsschen.“

Einzige echte Opposition bleibt der zweifelte Versuch eines Gewerkschafters wie Aoubakar Soumahoro (USB, unabhängige Gewerkschaften), Vertreter der Landwirtschaftssklaven in Kalabrien und Freund vom Gewerkschafter Soumaila Sacko, der am 2. Juni in Kalabrien erschossen worden ist. Das Magazin L'Espresso hat dies in seinem Titelblatt vorbildlich dargestellt: „Uomini e no“ („Menschen und Nicht-Menschen“) titelte es wie im gleichnamigen Roman von Elio Vittorini (1945, dt. „Dennoch Menschen“).



Lega auf Übernahmekurs

Die Lega wurde bei Kommunalwahlen bestätigt, und auch traditionelle Hochburgen der Sozialdemokraten partito democratico PD in der Toskana erobert. Obwohl kein direkter Vergleich mit Parlamentswahlen möglich ist: 60 Prozent der 5 Sterne Wähler haben sich nicht beteiligt – (im Vergleich zum 4. März). Der Rest hat sich auf Mittellinks oder Mitterrechts beteiligt (im Süden eher Mittellinks). Wie gefährlich Salvinis Diskurs sein kann, beweist seine Fähigkeit Begriffe einer Opposition „des Volkes“ für rechtsnationalistische Zwecke zu nutzen. Inzwischen liegt seine Lega bei 30 Prozent in den Umfragen (5 Sterne bei 29 Prozent).

Salvini hat am Sonntag, den 1. Juli, die Gründung einer europäischen, internationalen Lega der „Populisten“ angekündigt. Ziel: stärkste Fraktion im EP nächstes Jahr. Sinnzitat zum Propagandaplan: „Die Europa-Wahl werde ein Referendum zwischen dem Europa der Eliten, der Banken, der Migration, der Prekarität und dem Europa der Arbeit und der Völker sein.“

Brexit : Keine Lösung in Sicht

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

EU-Gipfel Ende Juni und die Suche nach Lösungen

Großbritannien will von der EU ein Abrücken vom Standpunkt, dass die vier Freiheiten des EU-Binnenmarktes – Arbeitskräfte, Kapital, Handel und Dienstleistungen – nicht mehr als Gesamtsystem verhandelt werden sollen: ein eigenes „gemeinsames Regelwerk“ soll ermöglichen, dass GB bei Waren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen weiterhin eng an den EU-Binnenmarkt angeschlossen bleibt: London will dafür EU-Vorschriften und Produktstandards übernehmen, aber auch weiterhin Mitsprache behalten. Die Zollunion will GB verlassen und bilaterale Abkommen mit USA und China schließen. An der Grenze Irland/Nordirland oder eben EU/Nicht-EU wollen die Briten für Importe aus Drittländern zwei verschiedene Zollsätze erheben. Der EU-Ratsvorsitzende Sebastian Kurz reiste am 8. Juli an die Grenze und zu Gesprächen mit Theresa May. – Für die Befürworter des Brexits ist das alles inakzeptabel und wie dieses Hin und Her, Drohung des Sturzes von May, Schweigen von Labour weitergeht, ist immer noch offen.

Eine wichtige Stütze hat May am Anfang dieser Woche verloren: David Davis, der britische Unterhändler mit Brüssel, hat seinen Rücktritt erklärt; wenig später auch der Außenminister und Wortführer der Brexiteers Boris Johnson.

Drängende Einzelfragen

- 65 000 Bachelor-Studenten aus EU-Ländern sind derzeit in Großbritannien. Maximal 9250 britische Pfund pro Jahr müssen bislang britische sowie EU-Studenten berappen – die Regelung für Nicht-Briten soll mit Einschreibung Herbst 2019 enden: dann wäre eine Spirale nach oben offen und damit Verhandlungsgegenstand beim Brexit, ganz abgesehen davon, dass es z.B. in Schottland Sonderregelungen gibt (Gebührenfreiheit).

- Der London Court of Arbitration ist international führend bei der außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten in grenzüberschreitenden Geschäften. Mit dem Brexit würden alle Verordnungen, die der EU-Gesetzgeber erlassen hat, um die Beilegung internationaler Streitigkeiten zu erleichtern, in GB und im Verhältnis zu GB ihre Wirkung verlieren. Daher suchen Unternehmen, die Zugang zum europäischen Justizraum haben, Alternativen und sind auch schon rege tätig

(FAZ vom 5. Juli 2018). Es gibt Stimmen, die ein Chance für die Gründung eines europäischen Handelsgerichts sehen, allerdings braucht es für eine solche Debatte ja wirklich kein Ausscheiden GBs aus der EU.

- Große Unternehmen wie Siemens (15 000 Beschäftigte in GB – Gasturbinen und medizinische Geräte), Airbus (10 000 in 2 Werken) und BMW (8 000) warnen ebenso wie der Verband der britischen Autohersteller SMMT vor dem Verlassen der Zollunion und einem Ende der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Boris Johnson dazu so viel wie: „Scheiß auf die Wirtschaft.“

- Ein Großauftrag für Siemens (1,7 Mrd. Euro) zur Ausstattung der U-Bahn-Linie Picadilly mit 94 neuen Zügen. Die Londoner U-Bahn „tube“ wurde 1863 eröffnet und hat ein notorisches Hitzeproblem: „Die Hitze in der Londoner U-Bahn, die sich über 400 Kilometer erstreckt, ist ein immer größer werdendes Problem für die jährlich 1,37 Milliarden Passagiere – vor allem im Sommer. Am 1. Juli 2015 stiegen die Temperaturen in der Northern Line beispielsweise auf 35 Grad. Seit Jahren erteilt die Londoner U-Bahn Passagieren Tipps in Sachen Coolbleiben. Immer wieder kommt es jedoch zu Evakuierungen von Passagieren, die wegen der Hitze gesundheitliche Probleme bekommen.“ (Der Standard, 12. Juni 2018) U-Bahn-Züge werden im Siemens-Werk Simmering in Österreich für den Weltmarkt produziert. Noch ist der Auftrag nicht erteilt, obwohl eigentlich schon lange entschieden sein soll.

- Die Automarke Mini ist eine Ikone des britischen Automobilbaus. Sie gehört allerdings BMW, und es ist fraglich, ob der Mini weiterhin in GB produziert werden könne. „BMW montiert den Kleinwagen zwar in Oxford, 90 Prozent der Einzelteile werden aber aus dem Ausland geliefert – viele davon aus der EU.“ (FAZ 27.6.18)

Der größte Abnehmer für Autos, die in Großbritannien hergestellt werden, ist die EU: 53,5 % (zum Vergleich: USA 15,7 %, China 7,6 %). 865 000 Arbeitsplätze hängen laut SMMT vom Automobilbau ab. Auch Nissan und Honda z.B. haben Produktionsstandorte in GB. (nach: Die Welt Kompakt vom 27.6.18)

Jaguar-Land Rover hat angekündigt, einen Teil der Produktion des Discovery in die Slowakei zu verlagern, allerdings nicht nur wegen des Brexits.

- Bei der Chemieindustrie läuten die Alarmglocken: keine andere Branche ist international so verflochten. Es drohen Importverbote für Produkte aus britischer Produktion: die europäische Che-

mikalienrichtlinie Reach ist bindend. Seit 2007 wurden 90 000 Dossiers über mehr als 21 000 Substanzen unter Mitarbeit von 14 000 Unternehmen über die chemisch-toxikologische Wirkung dieser Substanzen erarbeitet und an die in Helsinki angesiedelte Agentur übermittelt. „Die Rechtsunsicherheit ist groß, da etliche Chemikalien eine Mischung aus importierten und selbst hergestellten Stoffen sind.“

• In der Versicherungsbranche wird von Verteuerung der Versicherungen gesprochen: durch die Beteiligung vieler kleiner Versicherungen an großen Haft-

pflicht- und Sachversicherungsverträgen ist das in der EU vereinheitlichte Versicherungsaufsichtsrecht Kernstück der Risikoabwägung. Britische Versicherer versuchen mit Gründung neuer Versicherungsgesellschaften in der EU (z.B. Lloyds of London in Brüssel), Versicherer in EU-Ländern mit „Drittstaaten-Zweigniederlassungen“ in der GB der Rechtsunsicherheit entgegenzuwirken.

• Die Banken sprechen von 75 000 Arbeitsplätzen, die aus London abgezogen werden, viele davon gehen an den Finanzplatz Paris.

• Das Bundesministerium für Bildung

und Forschung (BMBF) hat sich für die weitere Förderung des in London angesiedelten Aby-Warburg-Museums entschieden: 6,3 Millionen Euro für den internationalen Forschungsverbund „Bilderfahrzeuge – Aby Warburg's Legacy and the Future of Iconology“, es geht dabei um „mobile Bilder und Ideen, deren Migrationsprozesse und Interaktion mit unterschiedlichen Aufnahme-Kulturen seit dem Mittelalter“ von dem Kunstwissenschaftler Aby Warburg untersucht wurden: Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) am 27.6.18 titulierte „Anti-Brexit-Bilder“. □

Erdogan und AKP/MHP gewinnen Wahlen in der Türkei

RUDOLF BÜRCEL, KARLSRUHE

Bei den vorgezogenen Wahlen am 24. Juni sind Erdogan und das reaktionäre AKP/MHP-Bündnis als Sieger hervorgegangen. Darüber können auch die zahlreichen Manipulationen und Behinderungen nicht hinwegtäuschen: Offene Wahlfälschungen, die kurzfristige Einbürgerung von 200 000 syrischen Flüchtlingen, Verlegung von Wahlurnen für 150 000 Menschen in kurdischen Gebieten (teilweise legten die Wähler bis zu 40 km zu Fuß zurück, um an die Urne zu kommen), Bewaffnete in den Wahllokale, Beherrschung der Medienlandschaft durch die AKP usw. Der UN-Menschenrechtskommissar Zeid Ra'ad al-Hussein forderte im Mai die Türkei auf, den andauernden Ausnahmezustand sofort aufzuheben. Er verurteilte die Einschränkungen von Menschenrechten, Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit. „Es sei schwer vorstellbar, wie glaubwürdige Wahlen abgehalten werden könnten, wenn regierungskritische Meinungsäußerungen ‚schwer bestraft‘ würden, erklärte Hussein. Die Regierung müsse den Bürgern ermöglichen, ‚vollständig und auf Augenhöhe‘ an den Staatsangelegenheiten teilnehmen und sowohl wählen, als auch gewählt werden zu können.“ (spiegel-online, 9.5.)

Die schwere ökonomische Krise und hohe Inflationsrate hatte ebenso wenig Einfluss auf das Ergebnis wie prognostizierte Aufbruchstimmung der Opposition.

Ergebnis Präsidentschaftswahlen:

Kandidat	Stimmen	in Prozent
Recep Tayyip Erdoğan	26.330.823	52,59
Muharrem İnce	15.340.321	30,64
Selahattin Demirtaş	4.205.794	8,40
Meral Akşener	3.649.030	7,28
Temel Karamollaoğlu	443.704	0,89
Doğu Perinçek	98.955	0,20

War erwartet worden, dass Erdogan zumindest im zweiten Wahlgang die Präsidentschaftswahlen gewinnt, konnte er schon im ersten Wahlgang 52,59 Prozent der Stimmen erreichen. Bei den Parlamentswahlen ging das Bündnis der reaktionären, nationalistischen und islamistischen AKP, MHP und BBP mit über 53 Prozent als Sieger hervor. Die AKP verlor zwar gegenüber 2015 sieben Prozent und erreichte nur 42 Prozent, aber die MHP (in Deutschland unter dem Namen Graue Wölfe bekannt) kam auf über 11 Prozent. Dieser rechte Block konnte die sunnistisch-nationalistische Wählerbasis mobilisieren – die Wahlbeteiligung war mit über 86 Prozent so hoch wie lange nicht mehr. Das AKP/MHP-Bündnis hat nun 344 Sitze im Parlament.

Die kemalistische CHP trat im Bündnis mit der İyi-Partei, eine rechte Abspaltung der MHP, und der islamistischen SP an. Bei den Präsidentschaftswahlen konnten die drei Kandidaten des Bündnisses nicht genug Stimmen mobilisieren, um Erdogan in die Stichwahl zu zwingen. Bei den Parlamentswahlen erreichte die CHP 22,6 Prozent (-3). Die erstmals angetretene İyi-Partei kam auf 9,96 Prozent.

Von den Oppositionsparteien konnte nur die HDP ihre Wähler mobilisieren. Selahattin Demirtas erhielt beachtliche

8,4 Prozent. Bei den Parlamentswahlen steigerte die HDP ihren Stimmenanteil um ein Prozent auf 11,7 Prozent, sprang so über die 10-Prozent-Hürde und stellt jetzt 67 (2015 = 59) Abgeordnete. Dies Ergebnis kann kaum hoch genug gewertet werden. Selahattin Demirtas führte seinen Wahlkampf aus dem Gefängnis in Edirne. Er konnte zweimal kurz im TV reden, wofür ein extra Fernsehstudio im Gefängnis eingerichtet wurde. Ansonsten setzte er über seine Anwälte Twitter-Nachrichten ab. Fast in der ganzen Türkei konnte die HDP nicht mit Plakaten werben. In den kurdischen Gebieten untersagten die Gouverneure den Straßenwahlkampf. Infostände wurden angegriffen, Wahlhelfer verhaftet. Neben zahlreichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Abgeordneten sind derzeit 17 000 Funktionäre der HDP inhaftiert. Mit Großkundgebungen in den letzten Tagen vor dem Wahltag mobilisierte die HDP nochmals ihre Wählerschichten. In elf kurdischen Provinzen ist die HDP die stärkste Partei. Ihre Parlamentssitze in den Großstädten im Westen der Türkei konnte sie verteidigen. Das Linksbündnis HDP konnte nicht aus dem Parlament gedrängt werden und hat mittlerweile eine feste Basis auch im Westen der Türkei.

Ergebnis Parlamentswahlen:

Partei	Parlamentswahl am 24.06.2018			Parlamentswahl am 01.11.2015		
	Prozent	Stimmen	Mandate	Prozent	Stimmen	Mandate
AKP	42,6	21.333.172	295	49,5	23.673.541	317
CHP	22,6	11.346.240	146	25,3	12.109.985	134
HDP	11,7	5.865.664	67	10,8	5.145.688	59
MHP	11,1	5.564.103	49	11,9	5.691.737	40
İyi Parti*)	9,9	4.989.639	43	–	–	–
Sonstige	2,1	1.026.582	–	2,5	1.902.659	–

İyi Parti wurde erst in diesem Jahr gegründet.

Noch am Wahltag bedrohte der türkische Innenminister Soyly die HDP-Abgeordneten mit Todesdrohungen: „Ihr habt von nun an kein Recht auf Leben“, sagte er in einem Telefonat mit der Vorsitzenden der HDP Pervin Buldan.

Bei den Stimmen in Deutschland konnte die AKP nochmals zulegen (46 Prozent). Zweitstärkste Partei blieb die HDP. Aber mit den Stimmen für die MHP stimmten die in Deutschland wohnenden türkischen Wahlberechtigten mit über 50 Prozent für die Erdogan-Regierung.

Mit dem Erstarken der Ultrarechten von MHP und İyi-Partei auf über 20 Prozent hatten die Wahlumfragen nicht gerechnet. Das wird die Politik der türkischen Regierung noch weiter nach rechts drücken, da Erdogan und die AKP nicht die Mehrheit im Parlament haben und auf MHP und İyi-Partei angewiesen ist. Präsident Erdogan ist jetzt mit einer großen Machtfülle ausgestattet. Regierte er vor den Wahlen mit Notstandsdekreten, kann er jetzt den Ausnahmezustand aufheben und weiter mit Erlassen regieren.

Mit seinem letzten Notstandsdekret

entließ er vor wenigen Tagen nochmal 15 000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst, den Gerichten, dem Militär und der Polizei. Angekündigt hat Erdogan, als nächstes die Währungspolitik unter seine Kontrolle zu stellen und weitere neoliberale Wirtschaftsreformen durchzusetzen. Die Türkische Lira befindet sich auf einer rasanten Talfahrt mit ca. 20 Prozent Verfall gegenüber Dollar oder Euro. Gleichzeitig haben sich die Lebensmittelpreise um bis zu 18 Prozent verteuert. Das bedeutet, dass sich die soziale Lage drastisch verschlechtert und die Menschen selbst von einem durchschnittlichen Einkommen kaum über die Runden kommen. Das angekündigte Sanierungsprogramm wird zwangsläufig die kleinen und mittleren Unternehmen treffen, also die Schichten, die die Basis der AKP- und MHP-Wähler stellen.

Die Politik gegen die kurdische Bewegung und die Opposition wird weiter verschärft werden. Bei dem Verbot und den Angriffen auf die CSD-Paraden in Istanbul und Antalya war diese Linie schon erkennbar. Auch die militärischen

Angriffe auf die kurdischen Regionen werden verstärkt fortgesetzt werden. Die türkische Armee wird weiter versuchen, sich in Südkurdistan (Irak) festzusetzen und die dortigen PKK-Stellungen in Kandil anzugreifen.

Erdogan wurde bei den Wahlen und seinem Vorgehen gegen die Opposition von den führenden Nato- und EU-Staaten keine Steine in den Weg gelegt. Vielmehr verschärfte die Bundesregierung ihren Kurs gegen die kurdische Opposition. Direkt vor den Wahlen wurden in Berlin die Räumlichkeiten von dem Informationsportal Civaka Azad ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss von der Polizei gestürmt und Archive und Computer beschlagnahmt. Verschärft wurde ebenfalls gegen kurdische Vereine vorgegangen.

Am 31. März 2019 werden in der Türkei die nächsten Kommunalwahlen stattfinden. Fraglich ist, ob Erdogan und seine AKP/MHP-Regierung es schaffen wird, die Opposition bis dahin weiter zurück zu drängen.

□

DOK Legitimierung der Präsidialdiktatur

WAHLANALYSE VON MURAT ÇAKIR ÜBER DEN SIEG DES ERDOĞAN-BLOCKS IN DER TÜRKEI, ANF, 26.6.2018

Auch bei diesen – zutiefst undemokratischen und unfairen – Wahlen in der Türkei hat es an Dramatik nicht gefehlt. Schon im Vorfeld wurde die Bedeutung dieser Wahl dramatisch zugespitzt. In den bürgerlichen Medien der BRD wurden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu „Schicksalswahlen“ hochstilisiert. Ähnliches war auch aus oppositionellen Kreisen der Türkei zu hören. Doch die in den letzten Wochen des Wahlkampfes spürbar gewordene Wechselstimmung hat nicht das von der Opposition erwünschte Ergebnis gebracht. Dabei hatte die radikale Linke in der Türkei vor allzu hochtrabenden Erwartungen gewarnt: eine Diktatur könne nicht mit undemokratischen Wahlen abgewählt werden. In der Tat, die vorgezogenen Wahlen haben dem in einer schweren Krise steckenden AKP-Regime in die Hände gespielt. Das Regime nutzte diese Wahlen zur Legitimierung der Präsidialdiktatur und zur Deklassierung der bürgerlichen Opposition. Nun steht es fest: der reaktionär-faschistische Block aus AKP, MHP und der kleinen BBP konnte trotz ökonomischen Schwierigkeiten des Landes ihre Wähler*innenbasis mobilisieren und zugleich den Kapitalfraktionen glaubhaft vermitteln, dass sie für eine relative Stabilität der neoliberalen Ordnung sorgen können. Sie stellen mit Erdoğan einen Staatspräsidenten mit ungeheurer Machtfülle und haben mit 343

Abgeordneten die Parlamentsmehrheit in der Hand.

Muharrem İnce, der Präsidentschaftskandidat der kemalistischen CHP konnte die durch seinen sehr engagierten Wahlkampf entstandene gesellschaftliche Aufbruchsstimmung nicht zu einem Ergebnis ummünzen, das wenigstens für eine Stichwahl gesorgt hätte. Obwohl İnce 8 Prozent mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als seine Partei, musste er sich geschlagen geben und hat durch seine Weigerung am Wahlabend vor CHP-Anhänger*innen zu sprechen, viel an Sympathie verloren. Meral Akşener, die Vorsitzende der neofaschistischen MHP-Abspaltung İyi Parti konnte mit 7,3 Prozent weniger Stimmen als ihre Partei einholen.

Der ehemalige Co-Vorsitzende des Linksbündnisses HDP, Selahattin Demirtaş erzielte mit 8,4 Prozent einen echten Achtungserfolg. In Haft und ohne Möglichkeit mit den Wähler*innen direkt zu kommunizieren ein solches Ergebnis einfahren zu können, ist besonders erwähnenswert und ein Beleg dafür, dass das Linksbündnis seine Reifeprüfung bestehen konnte. (...)

Erdoğan hat es geschafft, die Krise im Machtblock zu überwinden und im ersten Wahlgang die Wahl für sich zu entscheiden. Dieses Ergebnis zeigt, dass Erdoğan weiterhin einen großen Teil der sunnitisch-konservativen Bevölkerungs-

mehrheit hinter sich sammeln kann. Dass Demirtaş weniger Stimmen als die HDP bekommen hat, liegt sicherlich auch daran, dass auch innerhalb der HDP-Wählerschaft die Chancen für Muharrem İnce höher eingeschätzt wurden und İnce auch von HDP-Wähler*innen (besonders im Westen) Stimmen erhalten konnte. (...)

Ein höchstinteressantes und kaum mit vernünftigen Analysen zu erklärendes Ergebnis dieser Wahl ist der Stimmenanteil der neofaschistischen MHP. Die MHP hat während des gesamten Wahlkampfes – außer einer Kundgebung und einigen Salonveranstaltungen – quasi kein Finger gerührt. Nur der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli war in den Nachrichtensendungen zu sehen. Hinzu kam noch die Abspaltung durch Meral Akşener. Nahezu alle Wahlforschungsinstitute sahen daher die MHP unter der 10-Prozent-Hürde. Dass eine Partei, die sich gespalten hat, ihr Stimmenanteil von 2015 fast einhalten konnte und ihre Abspaltung trotzdem fast 10 Prozent erhalten hat, ist mehr als ungewöhnlich und nährt die Vorwürfe der Wahlmanipulation. Möglicherweise konnte Akşeners İyi Parti von den Wähler*innenwanderungen aus der AKP und der CHP profitieren, aber nicht von der eigentlichen Wähler*innenbasis der Neofaschisten. Obwohl die İyi Parti mit 9,95 Prozent unter der 10-Prozent-Hürde geblieben ist, kann sie aufgrund

des Allianzen-Wahlrechts, mit der die 10-Prozent-Hürde für Mitglieder der Parteienallianzen aufgehoben ist, ins Parlament einziehen. Aufgrund ihrer neofaschistischen Ausrichtung kann davon ausgegangen werden, dass die Iyi Parti zukünftig eher mit dem reaktionär-faschistischen Blok abstimmen wird, als mit der CHP und der HDP.

Das Ergebnis der CHP wird die Kemalisten in eine tiefere Krise stürzen. (...) Das Experiment der CHP-Führung, mit kemalistisch-nationalistischen und konservativen Kandidat*innen sowie einer (gegen die syrischen Flüchtlinge) offen rassistischen Haltung bei der sunnitisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit punkten zu können, kann als gescheitert angesehen werden. Die weitere Erosion der Partei ist abzusehen und wird auch von Parteilinken nicht aufgehalten werden können, zumal sich die CHP-Führung weiterhin als Teil der Vertretung von herrschenden Klassen sieht.

Die 10-Prozent-Hürde – nach dem Militärputsch von 12. September 1980 eingeführt, um kurdische Parteien vom Parlament fernzuhalten – galt im Grunde genommen nur für die HDP, die mit ihrem Ergebnis diese Hürde zum zweiten Mal ad absurdum geführt hat. Der Einzug der HDP ins Parlament, obwohl zahlreiche Abgeordnete und rund 17 000 Funktionäre inhaftiert sind, die Partei aufgrund der Repressionen mehrfach behindert wurde, ist durchaus als ein großer Erfolg zu bewerten. Die HDP ist die einzige Partei, in der rund die Hälfte der Abgeordneten Frauen und mehrere Sozialist*innen vertreten sind und kann, da sie die unterdrückten Schichten und subalternen Klassen vertritt, als die einzige parlamentarische Kraft der gesellschaftlichen und politischen Opposition gesehen werden.

Fazit

Aufgrund der Bedingungen kann von bürgerlich-demokratischen und fairen Wahlen überhaupt nicht gesprochen werden. Diese waren auch weder „die letzten freien Wahlen“ noch irgendwie geartete „Schicksalswahlen“ wie es gerne kolportiert wird. Nach dem Verfassungsreferendum von 2010 und insbesondere nach dem letzten Referendum am 16. April 2017 war der Übergang in die Diktatur längst vollzogen. Mit den Staatspräsidenten- und Parlamentswahlen am 24. Juni 2018 wurde die Präsidialdiktatur legitimiert. Das AKP-Regime beabsichtigte mit den vorgezogenen Wahlen gegenüber den internationalen Akteuren ihre Reputation wiederherzustellen und die fragiler gewordenen Machtverhältnisse durch Legitimation zu stabilisieren. Vorerst ist Erdoğan das gelungen.

Aber perspektivisch gesehen steht die Präsidialdiktatur Erdoğan auf tönernen Füßen. Denn die Vielfachkrise, in der sich das Land seit langem befindet, hat sich vertieft. Nun muss die neue Erdoğan-Regierung die Versprechungen, die sie den internationalen Finanzmärkten vor den Wahlen gegeben hat, erfüllen. Die Umsetzung weiterer neoliberaler „Wirtschaftsreformen“ stehen an und diese Sanierung wird über kurz oder lang auch die kleinbürgerlichen und mittelständischen AKP- und MHP-Unterstützer hart treffen. Mit weiteren sozialen Härten und Verbreitung der Armut verbundenen Maßnahmen sowie Entscheidungen, die auf „Zwängen“ beruhen, werden zu größeren Protesten und Widerständen führen, zumal sie ohne die Verschärfung des Repressionsapparats nicht umsetzbar sind. Dazu kommt die Tatsache, dass die kurdische Frage weiterhin ungelöst ist und große, blutigere Konfliktpotenziale beinhaltet.

Es mag sein, dass der reaktionär-faschistische Block gestärkt aus diesen Wahlen herausgegangen ist. Völlig offen ist aber, wie er die nächsten ein bis zwei Jahre überleben wird. Für die Linke in der Türkei werden zwar die Bedingungen viel schlechter, aber sie schaffen auch neue Chancen und Möglichkeiten, um den Kampf gegen Faschismus und Diktatur stärker zu gestalten. Die in den letzten Wochen des Wahlkampfes entstandene Aufbruchsstimmung in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen sowie die von bisher der kurdischen Bewegung reserviert bis feindlich gegenüberstehenden urbanen-modernen Schichten offen artikulierte Wahlsolidarität mit der HDP machen Hoffnung auf mehr. Hier stehen nun die türkische Linke und die kurdische Befreiungsbewegung in der Pflicht: Brücken zwischen unterschiedlichen Widerstandsherden aufzubauen, laizistische CHP-Anhänger*innen in den demokratischen Kampf einzubeziehen, den von oben erklärten Klassenkampf aufnehmend eine Bresche zu den verarmten sunnitisch-konservativen Bevölkerungsteilen zu schlagen und gegen die Diktatur die Straßen zu beleben – Leichter gesagt als getan, aber nicht unmöglich, sondern durchaus machbar. Die Erfahrungen des Gezi-Widerstandes, gelebte und erlebte Solidarität gegen Polizeigewalt, gegenseitige Wahlkampfunterstützung der CHP- und HDP-Anhänger*innen und trotz allem Millionen von Wähler*innen bilden dafür die Grundlage. Unterdrückte und ausgebeutete Klassen wissen aus Erfahrung: Wir können verlieren, stehen aber wieder auf und kämpfen weiter. Wenn Diktatoren verlieren, dann sind sie Geschichte. Die türkische Linke und die kurdische Befreiungsbewegung haben

inzwischen genug Erfahrung gesammelt, um die Herausforderungen, die jetzt anstehen, zu meistern. Wir in Europa sollten sie mit allen Kräften unterstützen und für diesen Kampf ermutigen.

Erste Erklärung vom Ko-Vorsitz der HDP

Zu den Ergebnissen der Wahlen haben die beiden Ko-Vorsitzenden der HDP, Pervin Buldan und Sezai Temelli, vergangene Nacht eine erste Erklärung abgegeben. Buldan bezeichnete die Wahlergebnisse der amtlichen Nachrichtenagentur Anadolu, die bereits sehr früh veröffentlicht worden waren, während die Stimmauszählung der Hohen Wahlkommission YSK noch nicht abgeschlossen war, als Manipulation. „Auf unsere Einwände wurde nicht reagiert. Wir werden kämpfen, damit jeder einzelne Verstoß aufgedeckt werden kann“.

Der HDP-Präsidentenchaftskandidat Selahattin Demirtaş kam bei den Wahlen mit fast neun Prozent auf den dritten Platz. „Trotz der unfairen Bedingungen des Wahlkampfes, den unser Kandidat aus dem Gefängnis heraus geführt hatte, hat dieses Ergebnis gezeigt, dass die Liebe und das Vertrauen des Volkes unserem Kandidaten gilt. Doch selbst mit diesen manipulierten Ergebnissen ist klar, dass eine dringende Aufgabe auf uns wartet, nämlich die Erwirkung der Freilassung von Selahattin Demirtaş aus dem Gefängnis. Die Wahlen wurden unter dem Ausnahmezustand abgehalten. Der AKP-Vorsitzende Erdogan und sein Gefolge haben auf alle Möglichkeiten des Staates zurückgegriffen, um die HDP unter die Zehnprozenthürde zu drücken, damit ihr der erneute Einzug ins Parlament nicht gelingt. Somit sollte die demokratische Politik praktisch eliminiert werden. Auch den Medienanstalten wurde ein Embargo auferlegt, sodass wir gezwungen waren, unseren Wahlkampf von Tür zu Tür zu führen. Trotz allen Schwierigkeiten haben wir die Hürde gemeistert. Mit dem Ergebnis wurde wieder deutlich, dass die Bevölkerung der Türkei ein Parlament ohne die HDP nicht haben möchte und ihren Glauben an Demokratie und Gerechtigkeit nicht verloren hat.“

Ohne die HDP wird es Frieden, Demokratie, Pluralismus und ein neues Leben nicht geben. Die Wähler*innen der HDP haben sich ganz klar für ein starkes Parlament, eine kraftvolle lokale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit und Neutralität der Justiz sowie ein Land ohne Ausnahmezustand ausgesprochen. Deshalb wird die HDP an ihrem entschlossenen Kampf festhalten, sich für diejenigen einzusetzen, die für sie gestimmt haben.“ ANF, 25.6.2018

DOKE Aktionen – Initiativen

THORSTEN JANNOFF, GELSENKIRCHEN
THEMA MIGRATION

Nein! zum neuen Polizeigesetz NRW

Heute sind wir mit fast 20 000 Menschen in Düsseldorf auf die Straße gegangen, um für unsere Freiheit und Grundrechte zu kämpfen! Mit dieser Unterstützung im Rücken gehen wir nun in die nächste Runde, um die Gesetzesverschärfung komplett zu verhindern.

Mit buntem, lautstarken und vielfältigem Protest zogen wir vom Hauptbahnhof zum Landtag. Die Diversität der Teilnehmenden zeigte, dass alle von den Verschärfungen betroffen sein können: Fußballfans und Datenschützer*innen, Politiker*innen und Umweltaktivist*innen, Antifaschist*innen und Migrant*innen, Gewerkschafter*innen, Feminist*innen, Jurist*innen und viele mehr. Es ist einfach überwältigend, wie breit der heutige Protest ist. Es demonstrieren Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft gemeinsam und solidarisch.

Wir sind dankbar, dass ihr heute alle gekommen seid, trotz der zahlreichen Versuche uns einzuschränken: Das Bündnis wurde diffamiert und die Demo mit überzogenen und unrechtmäßigen Auflagen belegt. Jetzt heißt es erst recht, weiter dran zu bleiben und das Gesetz im Herbst endgültig zu verhindern!

<https://www.facebook.com/NoPolIGNrw/>

Grundrechte schützen – Neues Polizeigesetz in NRW verhindern!

Die NRW-Landesregierung plant eine in den letzten Wochen heftig kritisierte massive Verschärfung des Polizeigesetzes ... So ist unter anderem geplant, dass die Polizei auch auf verschlüsselte digitale Inhalte von Messengerdiensten wie Whatsapp zugreifen können soll. Menschen, von denen mutmaßlich eine Gefahr ausgeht, sollen bis zu einem Monat in Gewahrsam genommen werden können. Ebenso ist die Einführung von Elektroschockwaffen (Taser) und elektronischer Fußfessel geplant. Betroffen von diesen massiven Eingriffen in die Grundrechte sind potentiell alle Menschen in NRW. Wir Fußballfans, die bereits ein besonderes Ziel polizeilicher Eingriffe sind, wird es aber mit



Sicherheit als Erstes treffen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat mittlerweile auf die flächendeckende Kritik reagiert und die Einführung des geplanten Polizeigesetzes zeitlich verschoben. Wir rufen daher alle Schalker auf, einheitlich in blau am 7. Juli 2018 an der Demonstration in Düsseldorf teilzunehmen und die Kritik an dem Polizeigesetz noch einmal zu unterstreichen! Sagt NEIN! Zum neuen Polizeigesetz in NRW. NEIN! Zu massiven Eingriffen in die Grundrechte und NEIN! Zu massenhafter Überwachung!

<http://ultras-ge.de/repressionsfonds-nordkurve/>

Landesregierung verlässt Balance zwischen Sicherheit und freiheitlichen Grundrechten

„Im vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes nimmt die Landesregierung massive Eingriffe in die Grundrechte der Bürger*innen vor, um vermeintlich mehr Sicherheit zu garantieren. Statt die Polizei mit dringend notwendigem Personal auszustatten, sollen Polizisten mit Aufgaben betraut werden, die bisher dem Verfassungsschutz vorbehalten sind. Mit Überwachungs- und Sanktionsmaßnahmen sollen demokratische, freiheitliche Grundrechte wie das Demonstrations- und Persönlichkeitsrechte eingeschränkt werden,“ so der Vorsitzende des Verdi-Landesbezirksvorstandes André auf der Heiden. Neben der Einführung des unbestimmten Begriffs der „drohenden Gefahr“, schätzt Verdi die geplante Gesetzesänderung nicht nur höchst problematisch, sondern auch als verfassungswidrig ein. Liegt zukünftig eine „drohende Gefahr“ vor, was auch immer das sein mag, kann die Polizei zu drastischen Maßnahmen wie z.B. die Inhaftierung bis zu einem Monat greifen. Es können außerdem Aufenthalts- und Kontaktverbote verhängt oder elektronische Fußfesseln angeordnet werden. Auch eine Ausweitung der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen sowie das präventive Auslesen von WhatsApp-Nachrichten und anderen verschlüsselten Telekommunikationsinhalten soll ermöglicht werden. Aufgrund der unzureichenden Definition der „drohenden Gefahr“ könnten diese Maßnahmen in Zukunft völlig unbescholtene Bürger*innen treffen, weil sie sich zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort befinden. Jede Teilnahme an einer Demonstration, jede Ansammlung auf einem öffentlichen Platz, könnte Anlass für die Polizei sein ohne konkreten, auf Tatsachen begründeten Verdacht zu solchen Maßnahmen zu greifen. Die persönlichen Folgen, die daraus resultieren, könnten existenzielle Bedeutung für die



Betroffenen haben ... In der Anhörung zu den vorgelegten Gesetzentwürfen im Landtag am 8.6.18 wurden die Bedenken nicht nur durch Verdi vorgetragen, sondern auch von zahlreichen Sachverständigen geteilt. Die Kritiker*innen des Polizeigesetzes halten es insbesondere aus Sicht des Daten- und Verfassungsschutzes für höchst bedenklich.

<https://nrw.verdi.de>

Strafverteidigervereinigung NRW lehnt den Gesetzentwurf zum neuen Polizeigesetz auf das Schärfste ab

Die Landesregierung will die Polizei nach einem Gesetzentwurf zum Polizeigesetz NRW mit neuen Waffen und umfangreichen, z.T. geheimdienstlichen Befugnissen ausstatten. Zwar wird in offiziellen Verlautbarungen betont, dass dies vorrangig der Terrorismusbekämpfung diene, im „Kleingedruckten“ des Entwurfs ist aber zu sehen, dass sich zahlreiche geplante Maßnahmen gegen alle Bürger richten können und nahezu eine Totalüberwachung bedeuten. Zudem soll die Polizei demnächst nach einem internen Arbeitspapier „robuster, durchsetzungsfähiger und gewaltfähiger“ auftreten. Die Strafverteidigervereinigung NRW e.V. sieht in dem Gesetzentwurf nicht nur erhebliche Verstöße gegen Verfassungsrecht und Vorschriften der Europäischen Menschenrechtskonvention, sondern insgesamt ein rückwärtsgewandtes, martialisches Konzept von Überwachungsfantasien mit beängstigenden Ausmaßen, das nicht einmal geeignet ist, die mit solcher „Law-and-Order-Politik“ versprochene Sicherheit zu gewährleisten. Die NRW-Polizei wird mit diesem Gesetz nicht mehr vor Gefahren schützen, sondern wird selbst zur Gefahr für den Bürger! Das Gesetz ist eines Rechtsstaates unwürdig und wird von uns deshalb auf das Schärfste abgelehnt.

https://strafverteidigervereinigung-nrw.de/files/presseerklaerung_der_strafverteidigervereinigung_nrw_e_v.pdf

Bald auch in Hamburg: Individuelle Kennzeichnung für Polizeibedienstete

CHRISTIANE SCHNEIDER, HAMBURG

Vor kurzem kündigte die Hamburgische Innenbehörde an, nun auch in Hamburg die individuelle Kennzeichnungspflicht einführen zu wollen. In acht Bundesländern gibt es sie bereits, leider hat NRW sie kürzlich wieder abgeschafft. Auch in Hamburg gilt sie schon lange für Polizeibedienstete auf der Straße, aufgrund einer Vereinbarung zwischen Personalrat und Innenbehörde, nicht aber für Bereitschaftspolizei in geschlossenen Einsätzen, also vor allem bei Demonstrationen oder Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit Fußballspielen. Gerade hier sind Polizisten jedoch aufgrund ihrer Schutzkleidung praktisch nicht zu identifizieren.

FAZ zur Vorgeschichte

„Lange schon wird in Hamburg über eine Kennzeichnungspflicht gestritten, mit der Polizisten auch in Einsätzen bei Demonstrationen identifizierbar sein sollen. Und lange schon schienen die Fronten verhärtet. Immer wieder war von Linkspartei und Grünen eine Kennzeichnungspflicht gefordert worden. Die SPD hatte zwar auch schon dementsprechende Beschlüsse auf Parteitage gefasst, aber war als Regierungspartei doch zurückhaltend aufgetreten. Die Grünen nehmen für sich in Anspruch, in den Koalitionsvertrag den Satz hineinverhandelt zu haben, dass man „zügig“ mit Polizeigewerkschaften Gespräche aufnehmen werde, um zu prüfen, ob man eine Kennzeichnungspflicht einführen könne bei der Bereitschaftspolizei. In neun Ländern gibt es eine solche Pflicht bereits. In Hamburg passierte trotzdem erst mal nicht viel.

Erst in den vergangenen Wochen kam Bewegung in das Thema. Auch als Folge der G-20-Aufarbeitung. Die Linkspartei stellte eine Große Anfrage an den Senat, es ging um die Ermittlungen gegen Polizisten. Aus der Antwort ging nicht nur hervor, dass es noch keine Anklage gegen Polizisten gebe. Sondern auch, dass es in elf Fällen nicht möglich gewesen sei, die Vorwürfe weiterzuverfolgen. Man habe die Identität des Beamten nicht feststellen können. Die Linkspartei sah sich bestätigt und stellte einen Antrag zur Kennzeichnungspflicht, die FDP tat es ebenso. Der Innenausschuss beschäftigte sich mit dem Thema, gerade erst gab es eine Expertenanhörung. Das parlamentarische Verfahren nahm Fahrt auf, eine Anhörung des Senats wäre die nächste Stufe gewesen.

Nun ist durch Grotes Ankündigung aber schon klar, was der Senat plant.“ (25.6.)

Aktuelle Stunde in der Bürgerschaft

Für die Fraktion die Linke Christiane Schneider: „Vor fast genau drei Monaten diskutierten wir an diesem Ort über die Anträge der Linken und der FDP zur Einführung der individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizeibedienstete. Die Anträge wurden überwiesen. Ich erinnere mich, dass ich ankündigte, dass wir uns nicht damit abfinden werden, falls die Regierungsfractionen erneut die Problematik aussitzen wollten.

Deshalb freue ich mich heute, dass sich die Koalition nach der noch einmal sehr interessanten ExpertInnenanhörung im Innenausschuss entschlossen hat, die Kennzeichnungspflicht einzuführen. Das ist eine gute Entscheidung, und das sage ich gerne. Deshalb ist es für uns in diesem Fall zweitrangig, dass die Innenbehörde die Entscheidung gefällt hat, bevor die parlamentarische Beratung abgeschlossen ist – obwohl das gegenüber der Bürgerschaft nicht gerade von Respekt zeugt.

Für uns war die Einführung der individuellen Kennzeichnungspflicht auch in geschlossenen Einsätzen ein wichtiges Anliegen, seit wir 2008 in die Bürgerschaft eingezogen sind. Wir haben seither vier Anträge gestellt, viele Anfragen, zuletzt die Große Anfrage zu Verfahren gegen Polizeibedienstete, die öffentliches Interesse an der Problematik der Identifizierbarkeit von Polizeibeamten hervorgehoben hat. Wir sind aber froh, dass nicht nur wir, sondern auch andere Fraktionen und Mitglieder der Bürgerschaft auf dieser Baustelle gearbeitet haben, sodass am Ende einer langen Auseinandersetzung eine hoffentlich gute Lösung im Sinne der Stärkung der Grund- und Bürgerrechte erreicht wird.

Es ist wirklich bedauerlich, dass die CDU diesen Schritt nicht mitgehen will. Ich möchte auf das mantramäßig und auch heute wieder vorgetragene Argument eingehen, die Forderung nach der Kennzeichnungspflicht beruhe auf Misstrauen.

Das ist ja wahr: Bürgerrechte als Freiheits- und Abwehrrechte sind – und ich sage: notwendiges – Misstrauen in den Staat, der dazu tendiert, in die Freiheitsphäre des Menschen eindringen zu wollen. Deshalb will ich den Vorwurf allgemein nicht zurückweisen. Ich kann ihn

nur als Vorwurf nicht akzeptieren. Auch der Richtervorbehalt bei bestimmten polizeilichen Maßnahmen – z.B. dem Einsatz Verdeckter ErmittlerInnen – beruht letztlich auf Misstrauen. Die Konstruktion der Gewaltenteilung, nehmen wir die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative, beruht auf Misstrauen.

„Misstrauen“ – und hier zitiere ich jetzt den Juristen und langjährigen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Adolf Arndt: „Misstrauen ist eine demokratische Tugend. Wo Misstrauen nicht wacht, wächst kein Vertrauen. Ohne Vertrauen kann ein Staat den Tag nicht überdauern.“

Es geht uns aber ausdrücklich nicht um ein spezielles Misstrauen gegen Polizei, es geht uns nicht um ein Feindbild, wie dies Herr Wendt suggeriert, der es mit Recht und Gesetz persönlich bekanntlich nicht so genau nimmt. Es geht uns um das Recht der Bürgerinnen und Bürger, ihr polizeiliches Gegenüber im Zweifelsfall identifizieren zu können. Das ist umso wichtiger, als die Polizei Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols ist. Transparenz und Kontrolle sind ein demokratisches Gebot.

Dieses Recht der Bürgerinnen und Bürger korrespondiert im Übrigen mit der persönlichen Rechenschaftspflicht der Beamten. Sie ist im Europäischen Kodex für Polizeiethik, den das Ministerkomitee des Europarats 2001 verabschiedet hat und der für die Mitgliedstaaten den Charakter einer Selbstverpflichtung hat, folgendermaßen formuliert:

„Beamten mit Polizeibefugnissen sind auf allen Rangstufen persönlich verantwortlich und rechenschaftspflichtig für ihr eigenes Tun und Unterlassen oder für ihre Anweisungen an Untergebene.“ (Artikel 16) Und im Kommentar zu einem weiteren Artikel (45) heißt es:

„Ohne die Möglichkeit, eine/n Polizisten/in persönlich zu identifizieren, wird der Begriff der Rechenschaftspflicht aus der Perspektive der Öffentlichkeit sinnentleert.“

Wir nehmen, als Bürgerschaft, die Perspektive der Öffentlichkeit, das heißt der Bürgerinnen und Bürger ein, ohne berechnete Belange der Polizeibediensteten aus dem Auge zu verlieren. Deshalb unterstützen wir aus Überzeugung, dass zur individuellen Kennzeichnung nicht der Name, sondern eine codierte Kennzeichnung verwendet wird. Wir werden den weiteren Prozess konstruktiv und kritisch begleiten.“ (27.6.) □

Deutschlandfunk, 4.7.18: Fragen und offene Wunden – Hamburg ein Jahr nach dem G20-Gipfel. Gesprächsgäste: **Andy Grote**, Innensenator der Stadt Hamburg, **Christiane Schneider**, Die Linke, Abgeordnete der Bürgerschaft Hamburg, **Sieghard Wilm**, Pfarrer, St.-Pauli-Kirche Hamburg, **Simone Buchholz**, Autorin und Anwohnerin. **Cord Wöhlke**, Inhaber der Drogeriemarktkette Budnikowsky, Hamburg, **Rafael Behr**, Soziologe, Akademie der Polizei. **Axel Schröder**, Landes-Korrespondent des Deutschlandradios. **Link zur etwa einstündigen Sendung des Deutschlandfunks:** (Podcast): <https://www.deutschlandfunk.de/laenderzeit.1770.de.html>

Wohnungspolitik ist das zentrale Thema der Stadt

Die Linke fordert Task-Force Wohnen

MICHAEL WEISENSTEIN, KÖLN

Der DGB Köln veröffentlichte im April 2018 seine wohnungspolitischen Forderungen: „Jetzt kommt es auf den Willen von Stadtspitze und Rat an, über weitere kommunale Investitionen, über eine Stärkung der GAG und über eine stärker steuernde und gemeinnützig orientierte Grundstücks politik zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Wohnen beizutragen, denn: Wohnungspolitik ist Sozialpolitik.“

Die Wohnungspolitik ist die zentrale Herausforderung. Ein Recht auf menschenwürdiges Wohnen ist für Die Linke unabdingbar.

Die Wohnungsfrage hat auch eine öko-

nomische Komponente. Wenn der Wohnungsmangel breite Schichten der Bevölkerung trifft, werden die Sozialausgaben unweigerlich steigen, denn die Mangelversorgung an Wohnraum löst zwangsläufig weitere Kosten im Sozialbereich aus. Man denke hier nur an die Kosten der Unterkunft für die Sozialverwaltung, die Kosten für medizinische Behandlung aufgrund von fehlendem oder mangelhaftem Wohnraum und die Unterbringung von Menschen ohne Wohnung in Obdachlosenunterkünften oder in Hotels.

Das städtische Unternehmen „moderne stadt“ wird die gesamtgesellschaftlichen Kosten und Nutzen durch den Ausbau des Deutzer Hafens (in Planung befindliches neues Wohn- und Gewerbegebiet mit bis

zu 5000 Arbeitsplätzen und Wohnungen für circa 4000 Bewohner*innen) untersuchen und in die öffentliche Debatte über die Forcierung des Wohnungsbaus in Köln und der Region einbringen.

Die Fraktion Die Linke hat das vorrangige Thema Wohnungspolitik erneut auf die Tagesordnung des Kölner Rates gesetzt und die Oberbürgermeisterin, die Verwaltung und die Herrschenden in der Stadt mit ihrem Versagen in der Wohnungspolitik konfrontiert.

Wohnen muss endlich zur Chef*innensache werden

Die Linke fordert die Oberbürgermeisterin auf, zusammen mit dem Dezernenten für Stadtentwicklung, Planen und Bau-

Dezentrale Unterbringung statt große Flüchtlingsheime

JÖRG DETJEN, ANDREA KOSTOLNIK, KÖLN

Die Zahl der Geflüchteten in Köln sinkt kontinuierlich. In dieser Situation möchte Die Linke Flüchtlinge wieder dezentral unterbringen, so wie es auch in den noch gültigen Leitlinien zur dezentralen Unterbringung vorgesehen ist. Dazu haben wir zusammen mit der Ratsgruppe BUNT der Verwaltung in der vergangenen Ratsitzung verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen.

Die Stadt darf keine weiteren Großeinrichtungen mehr planen. Denn auch die Belegung eines Standorts mit nur wenigen Geflüchteten bedeutet Qualität, denn sie erleichtert die Integration und beugt Stigmatisierung vor. Nach den Leitlinien sollten einzelne Standorte nicht mehr als 80 Geflüchtete beherbergen. Doch wenn die Stadt Grundstücke bebaut, passen in der Regel mehr Wohnungen auf das Areal. Die zusätzlichen Sozialwohnungen sollen an andere Personengruppen mit Wohnberechtigungsschein gehen: Geringverdienender, Familien mit Kindern, Senioren mit schmaler Rente u.a.

Die Wohnversorgungsbetriebe der Stadt sollen diese Wohnungen bauen. Damit leistet die Stadt einen dauerhaften Beitrag gegen die Wohnungsnot in Köln. Denn alle wissen, dass mehr Sozialwohnungen gebaut werden müssen. Privaten Investoren ist diese Aufgabe aber nicht lukrativ genug. Darüber hinaus soll die Stadt auch weiterhin Systembauten bauen können, wenn der Bedarf schnell gedeckt werden muss.

Systembauten sind hochwertige Container, die abgeschlossene Wohnungen mit Küche und Bad bilden, zusammengesetzt

und verkleidet werden, sodass sie von außen nicht von einem normalen Wohnhaus zu unterscheiden sind.

Hotels kaufen anstatt zu Wucherpreisen mieten. In einem angespannten Wohnungsmarkt wie unserem kann es nötig sein, Geflüchtete in Hotels unterzubringen. Die Stadt soll diese zukünftig bei Bedarf kaufen. Besteht kein Bedarf mehr an dieser Unterbringungsform, können die Hotels wieder verkauft werden.

Für die Stadt entstehen durch die Hotelnutzung im Moment sehr hohe Kosten. Einige wenige erzielen dadurch fantastische Gewinne. Das ist fragwürdig, weil die Stadt zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung verpflichtet ist.

Wenn die Stadt die Hotels aber kauft und als eigene Unterkünfte betreibt, bleiben die – moralisch fragwürdigen – Profite dieser Hoteliers im Vermögen der Stadt und sie hat trotzdem bessere Unterkünfte für die Geflüchteten.

Auszugsmanagement entfristen. Außerdem möchte Die Linke das Auszugsmanagement besser ausstatten. Dort helfen Betreuer Geflüchteten eine Wohnung auf dem regulären Arbeitsmarkt anzumieten und unterstützen diese auch in den Folgemonaten, z. B. bei auftretenden Konflikten. Obwohl hier absehbar auf lange Jahre ein Bedarf besteht, sind nur einige Stellen dort entfristet. Das möchte Die Linke ändern.

Selbst wenn in der Zukunft die Unterbringung von Geflüchteten kein Problem mehr darstellt, wird es weiterhin Gruppen geben, die auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind, z.B. Obdachlose, psychisch Kranke etc. Sollte die Unterstützung von Geflüchteten nicht mehr in nen-

nenswertem Umfang nötig sein, kann das Auszugsmanagement seine Ressourcen für die Unterstützung anderer benachteiligter Gruppen nutzen. Dazu sollte es optimal aufgestellt sein.

Ankerzentren ablehnen. In Ankerzentren sollen Geflüchtete mit schlechter Bleibeperspektive bis zur Abschiebung kaserniert werden, eng mit kaum Kontakt zur Außenwelt und ohne Beschäftigung, Perspektiven und Hoffnung. Die Linke lehnt Ankerzentren deshalb rigoros ab.

Die Kölner und Kölnerinnen unterstützen die Geflüchteten in zahlreichen Willkommensinitiativen darin, hier anzukommen und sich zu integrieren. Ankerzentren dagegen schaffen erst massive soziale Probleme, anstatt Lösungen für die bestehenden Probleme der Integration zu schaffen. Wege in die Gesellschaft, wie sie die Willkommensinitiativen täglich in großer Zahl bahnen, blieben diesen bedauernswerten Menschen verwehrt.

Deshalb wollte Die Linke einen Beschluss des Rates herbeiführen: „Die Stadt Köln lehnt den Betrieb sowohl von sog. Schwerpunkt- als auch Ankereinrichtungen auf ihrem Stadtgebiet ab und wird sich weder um eine Schwerpunkt- noch um eine Ankereinrichtung bemühen.“

Bisher lehnt es auch die überwiegende Mehrheit von Bundesländern ab, Ankerzentren zu errichten. Mit den Stimmen von CDU, Grünen, FDP, der AfD und den ehemaligen Pro-Kölnern wurde unser Antrag abgelehnt und selbst eine Verweisung in den Sozialausschuss nicht gestattet.

Aus: Platzjabbeck, Die Stimme der Linksfraction im Kölner Rat, Juliaausgabe <https://www.linksfraktion-koeln.de/medien/platzjabbeck/> □



en eine Task-Force Wohnen einzurichten. Folgende Akteure aus dem Bereich Wohnen und Flächenmanagement sind einzubinden:

Liegenschaftsverwaltung, Stadtplanungsamt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Amt für Wohnungswesen, die städtischen Unternehmen GAG, moderne stadt und Wohnungsgesellschaft Stadtwerke Köln.

„Wir brauchen dringend eine Task Force bei der Stadt, die Befugnisse hat und sich kümmert“, fordert der Mieterverein Köln anlässlich des aktuellen Negativrekords der Baugenehmigungen und der sinkenden Baufertigstellungen auf dem Wohnungsmarkt. Von einer Steigerung von geförderten Wohnungen ganz zu schweigen. Die mit der Wohnungswirtschaft vereinbarten jährlich fertigzustellenden 6000 Wohnungen wurden bis dato nicht erreicht. Es gibt keine Anzeichen, dass diese Zahl in den nächsten Jahren auch nur annähernd erreicht wird. Alle Kräfte der Stadt Köln und der städtischen Unternehmen müssen gebündelt werden, um den kommunalen Wohnungsbau voranzubringen.

Kein Verkauf von städtischem Grund

Der städtische Grund und Boden ist Gemeineigentum. Der Verkauf ist zu unterlassen, allenfalls ist die befristete Bodennutzung durch Dritte zu ermöglichen.

Wenn preiswerte kommunale Wohnungen gebaut werden sollen, muss günstiges Bauland zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt braucht ein Konzept, wie und in welchem Umfang unter langfristiger Betrachtung der Ankauf von Flächen für Wohnungsbau gesteigert werden kann.

Andere Städte, zum Beispiel Ulm, verfolgen seit Jahren eine nachhaltige Liegenschaftspolitik. Die Linke fordert die Stadt Köln auf, sich mit den guten Erfahrungen aus Ulm auseinanderzusetzen. Wir werden daran arbeiten, dass in Köln ein Fachtagung zum Thema stattfindet. Externe Experten sind einzubeziehen. □

Leerstand zu Wohnraum! Besetzen entkriminalisieren

BERLIN. Einstimmiger Beschluss des Landesvorstands Die Linke. Trotz aller bisherigen Bemühungen durch die Landespolitik steigen die Mieten in Berlin immer weiter. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Zeitgleich stehen laut Berliner Mieterverein und anderen Schätzungen mehrere zehntausend Wohnungen in Berlin leer. Dieses Ausmaß an Leerstand ist angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt inakzeptabel. Diese Wohnungen müssen für die Berliner Mieterinnen und Mieter mobilisiert und damit ihrem Zweck zugeführt werden: Wohnungen sind zum Wohnen und nicht zum Leerstehen da. Dies ist u.a. im Zweckentfremdungsverbotsgesetz gesetzlich geregelt. Neben der Durchsetzung dieses Verbots durch die Bezirke, denen hierzu häufig das Personal fehlt, können Besetzungen ein wirksames Instrument gegen Leerstand sein. Die Linke setzte sich seit langem für eine Entkriminalisierung von Besetzungen von Wohnungen ein, die länger als ein Jahr leer stehen. Vor diesem Hintergrund ist es am Pfingstsonntag zu Besetzungen gekommen. Leider sind die Besetzungen noch am gleichen Tage geräumt worden. Wir stellen mit Blick auf die Geschehnisse vom Wochenende fest: Die Räumungen waren falsch. Wir fordern eine sofortige Rücknahme aller Strafanträge in diesem Zusammenhang. Allen im Rahmen des Polizeieinsatzes verletzten Menschen wünschen wir gute Besserung

und hoffen auf baldige Genesung ihrer Verletzungen. Das Angebot der Stadt und Land an die besetzende Initiative in der Bornsdorferstraße in Neukölln zur gemeinsamen Projektentwicklung, um den jahrelangen Leerstand zu beenden, muss erneuert und der Dialog darüber verbindlich fortgesetzt werden. Die spektakuläre Aktion hat eine notwendige Diskussion um Leerstand angestoßen. Diese sollte sachlich, und nicht mit polizeilichen Maßnahmen oder Strafanträgen, geführt werden. Die Berliner Verfassung kennt ein Recht auf Wohnen, aber keines auf Spekulation. Das Beharren von SPD-Innensenator Geisel auf der sogenannten Berliner Linie, nach der Besetzungen innerhalb von 24 Stunden notfalls durch die Polizei beendet werden sollen, hat die Bemühungen der Vertreter*innen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen torpediert und eine nachhaltige Lösung verhindert, die zu diesem Zeitpunkt bereits in greifbarer Nähe schien. Statt die Berliner Linie weiterhin zu verfolgen, sollte man bei Besetzungen dem Einzelfall gerecht werden, also vor einer Räumung die konkrete Situation der Objekte, die Gründe des Leerstands und die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung eines bewohnten Zustands der Objekte klären. Übergeordnetes Ziel muss es sein, möglichst viele Wohnungen für die Berlinerinnen und Berliner wieder verfügbar zu machen.

<https://www.die-linke-pankow.de>

Soziale Erhaltungssatzungen für Leipzig

In sozialen Erhaltungsgebieten (Milieuschutzgebieten) sollen übermäßig teure Modernisierungen verhindert und andererseits bereits getätigte städtebauliche Investitionen wie z. B. in Kitas und Schulen geschützt werden. (...) Durch Soziale Erhaltungssatzungen können sogenannte Luxusmodernisierungen durch Versagung von Genehmigungen verhindert werden. Bereits im wohnungspolitischen Konzept von 2015 ist auf Forderung des Stadtrates das Instrument der Sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) enthalten. Hiernach ist die Verwaltung bei Anzeichen eines angespannten Wohnungsmarktes aufgefordert, entsprechend zu prüfen. Doch erst auf Aufforderung des Stadtrates fand 2017 eine Voruntersuchung für den Leipziger Osten statt. Das Ergebnis, welches für Teile des Leipziger Ostens die Notwendigkeit einer solchen Satzung vorsieht, liegt seit über einem Jahr in der Schublade der Stadtverwaltung. Dazu erklärt der wohnungspolitische Sprecher Mathias Weber: „Wenn die Berechnungen

der Voruntersuchung zum Leipziger Osten dazu führen, dass eine Milieuschutzsatzung notwendig ist, dann erwarten wir von der Verwaltung, dass sie selbstständig und unverzüglich Maßnahmen ergreift, um die angestammte Wohnbevölkerung u.a. vor Entmietungen zu schützen. Die Antwort auf unsere Ratsanfrage im Februar, welche einen solchen Satzungsbeschluss im Stadtrat erst Ende 2019 vorsieht, ist für uns inakzeptabel! Andere Kommunen benötigen von der Erhebung bis zum Beschluss ein Jahr.“ Siegfried Schlegel Sprecher für Stadtentwicklung: „Da sich auch in anderen Quartieren ähnliche Entwicklungen wie im Leipziger Osten abspielen, liegt es für die Fraktion Die Linke nahe, dass auch in anderen Stadtteilen in Leipzig die Notwendigkeit einer Sozialen Erhaltungssatzung besteht. Darüber hinaus erwarten wir umfängliche Eigentümer- und Bürger*inneninformationen zum Thema, die deutlich über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus gehen.“

<https://www.linksfraktion-leipzig.de>

Mieterinnen und Mieter von über 1000 EOF-Wohnungen in MÜNCHEN von Verdrängung bedroht!

Der Kreissprecher und Spitzenkandidat der Linken zur Landtagswahl in Bayern, Ates Gürpınar, äußert sich zu den neuen Erkenntnissen der EOF-Wohnungen in München im Besitz der GBW und kritisiert den Verkauf der Wohnungen unter dem damaligen Finanzminister Söder scharf: „Die Folgen des GBW-Verkaufs durch Söder werden immer klarer. Durch eine Anfrage der Stadtratsfraktion der Linken wurde deutlich, dass mehr als 1000 EOF-Wohnungen seit 2013 im Besitz der GBW sind. Mietparteien befürchten hier eine Erhöhung ihrer Miete um 15% alle drei Jahre. Erst vor wenigen Tagen erreichte uns die Nachricht, dass bei vielen Betroffenen die Ankündigungen für neue Mieterhöhungen im Postkasten lagen. Das bedeutet, dass die Anwohnerinnen und Anwohner in näherer Zukunft verdrängt werden, wenn die verantwortlichen Parteien nicht handeln.“

<http://www.dielinke-muc.de>

Mietwohnungen statt Militäranlagen – Stadt MAINZ darf nicht klein beigeben!

Bis Ende 2019 wollte die Bundeswehr die GFZ-Kaserne in der Mainzer Oberstadt räumen. Wie das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) kürzlich verkünden ließ, wird die Bundeswehrkaserne aufgrund „veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen“ wohl mindestens zwei Jahre später schließen. Dazu kommentiert Tupac Orellana, Kreisvorsitzender Die Linke Mainz/Mainz-Bingen: „Mainz braucht dringend Wohnraum – auf Bundeswehrkasernen kann die Landeshauptstadt dagegen verzichten. Die Ankündigung des Verteidigungsministeriums, die Generalfeldzeugmeister-Kaserne nicht zu räumen, wird die Lage auf dem Mainzer Wohnungsmarkt weiter verschärfen.“

<https://www.dielinke-mz.de>

Linke: CDU stellt sich gegen Eigenheimbesitzer. FULDA. Im Zusammenhang mit den Straßenbeiträgen stellt sich die CDU in Petersberg gegen die Bürger, die sich ein Eigenheim erarbeitet haben, so Michael Wahl, Fraktionsvorsitzender der Linken Offenen Liste in der Petersberger Gemeindevertretung. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 21. Juni habe die CDU der Linken Offenen Liste den Vorwurf gemacht man setze sich für Grundstücksbesitzer ein. In einer Pressemitteilung teilte die Fraktion jetzt mit,

dass man sehr gut mit diesem Vorwurf leben könne. In unserer Gemeinde haben viele Bürger ein Leben lang für ein Eigenheim gearbeitet und sich damit auch eine gewisse Altersvorsorge geschaffen. Die Linke Offene Liste hält daher die von der Gemeinde festgelegten Höchstsätze bei den Straßenbeiträgen für eine Bestrafung der Bürger, außerdem hält sie die Straßenbeiträge auf Grundstücke für falsch, weil damit indirekt das Wohnen verteuert wird. Straßen gehören der Allgemeinheit und sollten auch von dieser finanziert werden.

<https://www.die-linke-fulda.de>

Mietspiegel nicht schön rechnen!

FRANKFURT.A.M. Eyup Yilmaz, Wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Römer, kommentiert den am Freitag verabschiedeten neuen Mietspiegel: „Der neue Mietspiegel stellt die Situation am Frankfurter Wohnungsmarkt so dar, wie sie ist, nämlich katastrophal. Die Mieten steigen in der ganzen Stadt – und zwar aufgrund der Lagezuschläge um deutlich mehr als die von Mike Josef angegebenen acht Prozent.“ Die Lagezuschläge für sehr gute Wohnlagen sind im Vergleich zu 2014 um 18,8 Prozent gestiegen, in gehobener Wohnlage sogar um mehr als das Doppelte. Die pauschalen Lagezuschläge gelten auch für auffällige Häuser, wenn sie bspw. in einem Altbaugebiet stehen. Während Abschläge für minderwertige Wohnqualität teilweise gestrichen wurden, wurden Zuschläge für Luxusmerkmale vielfach gesenkt.

<http://www.dielinke-im-roemer.de>

BERLIN geht härter gegen illegale Ferienwohnungen und Leerstand vor:

Ab Mai tritt das novellierte Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum in Kraft, das Priorität auf den Erhalt und die Rückgewinnung von Wohnraum legt. Der rot-rot-grüne Senat verschärft damit den Kampf gegen illegale Ferienwohnungen und spekulativen Leerstand. Bereits in der letzten Legislaturperiode konnten durch das Verbot gegen Zweckentfremdung von Wohnraum Tausende von Ferienwohnungen wieder in den normalen Wohnungsmarkt zurückgeholt werden. Aber der Graumarkt auf den Internetplattformen Airbnb, Wimdu und anderen wurde nicht eingedämmt. Um Kontrollen der Bezirksämter zu erleichtern, wird nun eine Registrierungspflicht eingeführt. Auch nach neuem Gesetz bleibt jede Art von Zweckentfremdung der Hauptwohnung genehmigungspflichtig. Dies betrifft Kurzzeitvermietungen und gewerbliche Nutzung. Entschieden wird der Antrag nach Zahlung einer Gebühr von 225 Euro von den Bezirksämtern jeweils individuell. So spricht wenig

gegen eine Vermietung während des eigenen Urlaubs, die wochen- oder tageweise Vermietung wird sicherlich kritisch gesehen. Wird eine Erlaubnis erteilt, erhalten die Angebote die benötigte Registrierungsnummer. Wohnungsofferten auf Internetplattformen ohne Registrierung sind per se illegal, da sie keine Genehmigung haben. Verschärft wurde auch die Regelung für Zweit- oder Nebenwohnungen, deren kurzzeitige Vermietung an Feriengäste auf 90 Tage im Jahr begrenzt wird.

<https://www.linksfraktion.berlin>

Mietpreistreiberin LEG: BIELEFELD.

Rund 3250 Wohnungen hat die ehemalige Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) in Bielefeld. 2008 wurden sie durch die damalige CDU-FDP-Landesregierung an einen internationalen Immobilienfonds verkauft, seit 2013 ist die LEG eine Aktiengesellschaft. Die Wohnungen der LEG waren früher meist Sozialwohnungen. Heute fällt sie durch drastische Mieterhöhungen auf. Diese treffen oft Rentner*innen, Grundsicherungsbezieher*innen oder Menschen mit geringem Arbeitseinkommen. Die Mieten liegen in vielen Fällen am oberen Ende der Mietspiegeltabelle, obwohl es sich in der Regel um sogenannte Standardwohnungen ohne besondere Ausstattung handelt. Oft bezahlen Mieter bisher – auch nach dem neuen Mietspiegel – bereits eine zu hohe Miete. Erschwerend kommt hinzu: In der Wohnlagenkarte, die als Orientierung im Mietspiegel angeboten wird, sind weite Teile von Bielefeld als „gute Wohnlage“ eingestuft. Hier dürfen Vermieter einen Zuschlag von 48 Cent pro Quadratmeter erheben.

<http://www.dielinke-bielefeld.de>

Leerstehende städtische Gebäude für Zwischennutzungen öffnen:

BONN. Zum Antrag der Linksfraktion, ungenutzte städtische Gebäude zukünftig systematisch für Zwischennutzungen bereitzustellen, erklärt Holger Schmidt, planungspolitischer Sprecher: Regelmäßig bleiben städtische Gebäude sehr lange ungenutzt, manchmal wie etwa im Fall der Budapester Str. 19 und 21 über zehn Jahre lang. Auch andere Liegenschaften wie das Viktoriabad oder aber das alte VHS-Gebäude, das zurzeit immerhin vorübergehend und teilweise für eine Ausstellung genutzt wird, warten schon lange auf eine Belegung. Solch sinnlosen Leerstand will die Linksfraktion beenden, indem die Stadt verpflichtet wird, ihre länger ungenutzten Gebäude generell kulturellen und sozialen Vereinen befristet mietfrei zur Verfügung zu stellen. Steht ein Gebäude über sechs Monate leer und sind für die folgenden 12 Monate keine Bauarbeiten oder Einzüge fest einge-

plant, soll zukünftig eine Ausschreibung für Zwischennutzungen erfolgen.
<https://www.linksfraktion-bonn.de>

Reform der Grundsteuer muss konsequent anhand der Grundstücks- werte erfolgen:

BERLIN. Der Deutsche Landkreistag hat anlässlich seiner Präsidialsitzung im Landkreis Esslingen eine zügige und wertorientierte Reform der Grundsteuer angemahnt. Präsident Landrat Reinhard Sager forderte dazu auf, die derzeitige Debatte zur Wertabhängigkeit der reformierten Grundsteuer schleunigst zu beenden: „... Es ist den Bürgern zudem kaum vermittelbar, warum die Wertunterschiede von Grundstücken in Hamburg-Rotherbaum und in Sangerhausen bei der Besteuerung völlig außen vor bleiben sollen. Einer Förderung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entspricht dies auch nicht.“ In der aktuellen politischen Debatte werde insbesondere von Seiten der wohnungs- und grundstückswirtschaftlichen Verbände sowie der Wirtschaftsverbände sehr deutlich für ein wertunabhängiges Modell geworben. „Verfassungsrechtlich ist ein solcher Schwenk auf ein völlig neues Besteuerungsmodell mit großen Risiken verbunden“, so Sager. Eine bundesgesetzliche Regelung, die einen Systemwechsel vornimmt, müsse sich nämlich nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts an dem verschärften Erforderlichkeitsmaßstab des Art. 72 GG messen. „Danach ist eine bundesgesetzliche Regelung nur insoweit erlaubt, wenn ohne sie gleichwertige Lebensverhältnisse nicht hergestellt oder die im gesamtstaatlichen Interesse stehende Rechts- oder Wirtschaftseinheit nicht gewahrt werden kann. Dies ist bei einer rein flächenbezogenen Grundsteuer kaum gegeben.“ Gerade aus Sicht des ländlichen Raumes sei eine solche Bemessungsgrundlage auch aus Gerechtigkeitsaspekten kein gangbarer Weg. „Es wäre den Bewohnern in den vielen ländlichen Landkreisen kaum vermittelbar, wenn ihre Grundstücke künftig genauso behandelt würden wie Grundstücke in Filetlagen“, verdeutlichte Sager. Unzutreffend sei insoweit auch die Behauptung, die Grundsteuer sei eine Art „Gebühr“ für die Bereitstellung kommunaler Infrastruktur: „Das stimmt nicht. Die Grundsteuer ist eine Steuer und unabhängig von einer staatlichen Gegenleistung und damit gerade keine Gebühr.“ Eine wertunabhängige Grundsteuer sei unter Gerechtigkeitsaspekten auch mit Blick auf die Wirkungen in den Finanzausgleichssystemen nicht sachgerecht, da sich der Wohlstand gutsituierter Räume nicht mehr adäquat in den zu berücksichtigenden Steuereinnahmen widerspiegeln würde.

<https://www.landkreistag.de>

DOK Kommunale Politik

ULLI JÄCKEL, HAMBURG

THEMA Pflege u. Gesundheit

Senat lagert seine Verantwortung für pflegebedürftige Menschen aus:

HAMBURG. Seit Jahren gibt es schwere Mängel bei der regelmäßigen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen. Die zuständige Wohn-Pflege-Aufsicht ist personell so schlecht ausgestattet, dass die gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Regelprüfungen kaum noch stattfanden. Nun will der Senat den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) beauftragen, „bestimmte Fragestellungen“ zu prüfen. „Der Senat kommt seit Jahren seinem Schutzauftrag für die pflegebedürftigen Menschen nicht ausreichend nach“, erklärt dazu Deniz Celik, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft.

„Doch statt Verantwortung zu übernehmen und die Wohn-Pflege-Aufsicht so aufzustocken, dass sie die vorgeschriebenen Regelprüfungen durchführen kann, schiebt er die Verantwortung ab auf den MDK.“ Die als Begründung genannte Vermeidung von Doppelprüfungen und der Bürokratieabbau seien vorgeschoben, so Celik: „Hoheitliche Aufgaben und Sanktionsmöglichkeiten besitzt nur die Wohn-Pflege-Aufsicht, sie müsste bei festgestellten Mängeln eine Nachprüfung vornehmen. Zudem ist vollkommen unklar, welchen konkreten Prüfauftrag der MDK erhält und wie hoch die Kosten für die Stadt ausfallen. Wir befürchten eine Schmalspur-Routine-Prüfung. Gerade die pflegebedürftigen Menschen, die keine Angehörigen haben, die Missstände melden könnten, haben so weiter wenig Aussicht auf besseren Schutz.“

<https://www.linksfraktion-hamburg.de>

Pflegenotstand bekämpfen – ran

an die Ursachen! Bernd Riexinger, BERLIN. Es ist höchste Zeit, dass der Pflegenotstand endlich von der Bundesregierung wahrgenommen wird ... Die Pflege von Menschen wird derzeit in Deutschland fast ausschließlich dem Markt überlassen und ist dem Ausverkauf an renditehungrige Investoren aus aller Welt preisgegeben. Zu einer „Konzertierten Aktion Pflege“ gehört deshalb unbedingt die Rückführung der Pflege in die öffentliche Hand. Der massive Perso-

nalmangel lässt keine Schönheitsreparaturen zu – das Fundament der Pflege in Deutschland muss auf eine solide Basis gestellt werden: Um annähernd im europäischen Mittelfeld anzukommen und eine bedarfsgerechte Pflege zu ermöglichen, brauchen wir 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern und 40 000 in den stationären Pflegeeinrichtungen. Die Linke hat ein Sofortprogramm für die Pflege vorgelegt, um die Ursachen für den Pflegenotstand wirksam zu bekämpfen. Die Krankenhäuser müssen verpflichtet werden, sofort 10% mehr Ausbildungsplätze anzubieten – das wären 8000 zusätzliche Pflegekräfte mehr im Jahr. Diese Quote soll in den kommenden fünf Jahren auf 20% erhöht werden. Wir brauchen dringend eine gesetzliche Personalbemessung im Krankenhaus und einen verbindlichen Personalschlüssel in der Altenpflege mit einer Fachkraftquote von mindestens 50%,

die den – wissenschaftlich fundierten – realen Bedarf decken müssen. Als Sofortmaßnahme muss der Pflegemindestlohn in der Altenpflege auf 14,50 Euro angehoben werden – nicht nur für die Pflegefachkräfte. Krankenhaus- und Pflegekonzernen muss der Börsengang verboten werden.

Die öffentliche Daseinsvorsorge dem Markt zu überlassen, hat sich nicht bewährt. Wir brauchen eine Trendwende mit einer gemeinwohlorientierten Krankenhausfinanzierung. Den Krankenhäusern soll das erstattet werden, was sie für die Versorgung brauchen – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Damit würden Gewinne und Verluste weitgehend vermieden. So wäre das Problem gelöst, dass unrentable, aber benötigte Kliniken und Abteilungen – z.B. Geburtshilfe – schließen. Außerdem gäbe es für private Betreiber nicht mehr die Möglichkeit, sich mit obszönen Renditeerwartungen auf Kosten der Beitragszahlerinnen und -zahlern, der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten zu bereichern. Dringend notwendig sind Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur – allein in den Krankenhäusern veranschlagen wir hierfür 5 Mrd. Euro im Jahr, die zu gleichen Teilen von Bund und Ländern getragen werden. Als Sofortmaßnahme müssen Haushaltsüberschüsse aus Bund und Ländern für diese Aufgabe freigestellt werden.

<https://www.die-linke.de/start/presse>

□



Die EU-Gesetzgeber Parlament und Rat verhandeln zurzeit neue Richtlinien und Verordnungen zum europäischen Arbeitsmarkt, zu Arbeitsverhältnissen und zu Sozialstandards. Diese wurden in mehreren Ausgaben der Politischen Berichte vorgestellt und diskutiert. Gewerkschaftliche Kritik

wurde in die Diskussionen eingebracht und rechtlich verarbeitet. Das zeigen die letzten Monate. Bereits im März hatte der Binnenmarkt-Ausschuss des Parlaments die europäische Dienstleistungskarte verworfen. Besonders die Bau-Gewerkschaften konnten nachweisen, dass Dienstleistungen wesentlich orts-

nah stattfinden. Europäisch angebotene Dienstleistungen werden dagegen oft über Briefkastenfirmen organisiert. So werden Scheinselbständigkeit gefördert und tarifliche Normen ausgehebelt.

Nachfolgend werden Sachstände zu den verschiedenen Initiativen vorgestellt, die derzeit in der EU verhandelt werden.

Europäisches Arbeits- und Sozialrecht – Update

THILO JANSSEN / ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Rechte entsandter Beschäftigter gestärkt

In den Jahren 2007 und 2008 wurde die EU-Entsenderichtlinie durch verschiedene Urteile des EuGH umgewidmet. Es war unklar, ob die vorgegebenen Standards als Mindeststandards oder künftig als Höchststandards ausgelegt würden. Die Gewerkschaften nahmen zunächst Abstand von der Forderung einer Revision der Richtlinie, da befürchtet wurde, dass Standards noch weiter verschlechtert werden. Eine Umsetzungsverordnung zur Entsenderichtlinie (2014/67/EU) brachte Fortschritte, allerdings nicht im materiellen Bereich sondern bezüglich der Durchsetzung in den EU-Ländern. Jetzt ist eine Revision der Richtlinie zwischen den Gesetzgebern ausgehandelt worden, die von den Gewerkschaften wesentlich positiv eingeschätzt wird. Wichtige Punkte sind:

- Entsandte Arbeitnehmer haben ab dem ersten Tag Anspruch auf die gleiche Entlohnung wie örtliche Arbeitskräfte, nämlich:
- Löhne gemäß den Tarifverträgen;
- Zulagen wie ein 13. Monatsgehalt, Kaltwettergeld und andere Vergünstigungen;
- Erstattung von Reise- und Unterkunftskosten, zusätzlich zum Gehalt;
- Wechsel vom Arbeitsrecht des Herkunftslandes zum Arbeitsrecht des Aufnahmelandes nach 12 Monaten mit einer möglichen Verlängerung um sechs Monate, statt wie von der Kommission vorgeschlagen erst nach 24 Monaten.

Prekäre Arbeitsbedingungen bekämpfen

Zwar hat das EU-Parlament nicht die Kompetenz direkt Vorschläge für Rechtsakte der EU zu initiieren. Es kann jedoch mit Resolutionen die Kommission auffordern, aktiv zu werden. In einer Resolution vom 31. Mai fordert das Parlament, prekäre Arbeitsbedingungen zu bekämpfen. EU-Kommission, EU-Länder und die Sozialpartner sollen zusammenarbeiten, damit sichere und gut bezahlte Beschäf-

tigung zu fairen Bedingungen gefördert wird. Ausdrücklich wird gefordert, die Aufsichtsbehörden zu stärken. Bestehende Rechte der Beschäftigten in den EU-Ländern werden häufig nicht umgesetzt, weil Aufsichtsbehörden unterbesetzt sind. [1]

Transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen

Wir hatten in den PB 2/2018 (S. 17) über die Revision der Richtlinie 91/533/EWG berichtet, die vor allem garantieren soll, dass Beschäftigte einen schriftlichen Arbeitsvertrag erhalten. In einer Sitzung am 21. Juni 2018 verabschiedete der Rat einen Kompromiss, der mehrere Änderungen vorsieht. Darunter ist auch die Möglichkeit der EU-Länder, für bestimmte Arbeitnehmer Ausnahmen zuzulassen. Während der Vorschlag der Kommission vorsieht, Ausnahmen für Verträge von einem Monat mit maximal acht Stunden zuzulassen, will der Rat Verträge mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von fünf Stunden und einem Bezugszeitraum von vier Wochen ausnehmen. Bestimmte Beamtengruppen sollen ebenfalls ausgenommen werden können. Der EGB kämpft darum, dass möglichst keine Beschäftigtengruppen ausgenommen werden. Außerdem sollen Scheinselbständige von der Richtlinie abgedeckt werden.

Fonds für Massenentlassungen

Seit Jahren werden Ideen für eine europäische Arbeitslosenversicherung vorgebracht – und auch wieder verworfen. Fortschritte sind nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Konstellation schwierig, sondern auch, weil die nationalen Sozialversicherungssysteme so unterschiedlich sind. Vorschläge, die in Richtung einer „Arbeitslosenrückversicherung“ gehen, sind Gegenstand eines Vorschlags der EU-Kommission, vorgelegt am 31. Mai 2018 (KOM (2018) 387 endg.). Er trägt den sperrigen Titel „Errichtung einer europäischen Investitionsstabilisierungsfunktion“, abgekürzt EISF. Die 30 Mrd. EUR, die dem Fonds zugewiesen werden sollen, sollen sowohl

den Ländern des Euroraums als auch den Euro-Kandidaten zugutekommen.

Der Fonds soll bei „großen asymmetrischen Schocks“ in einem EU-Land aktiviert werden. Der Vorschlag besagt: „Die Kriterien für die Aktivierung der Unterstützung... basieren auf einem doppelten Arbeitslosigkeitsauslöser. [Dieser Ansatz] wird gewählt, weil ein starker Anstieg der nationalen Arbeitslosenquoten ein relevanter Indikator für die Auswirkungen eines großen asymmetrischen Schocks ist ...“

Zu den Kriterien gehört, dass die vierteljährliche Arbeitslosenquote a) über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote der letzten 15 Jahre lag und b) die Arbeitslosenquote für denselben Monat des Vorjahres um mehr als einen Prozentpunkt überstieg. Für den Fall, dass dieser doppelte Auslöser eintritt, wird die EU ein zinsloses Darlehen gewähren. Es muss nach den mit der Kommission ausgehandelten Bedingungen zurückgezahlt werden. Der EISF soll nur als „erster Schritt in der Entwicklung eines vollwertigen Versicherungsmechanismus im Laufe der Zeit betrachtet werden [...], um makroökonomische Stabilisierung zu gewährleisten“. [2]

Europäischer Sozialfonds Plus

Die Kommission hat ihren Vorschlag für den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) vorgestellt. Für den Zeitraum 2021 bis 2027 sollen insgesamt 101,1 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Bisher macht der ESF etwa 0,3 % aller Sozialausgaben in der EU aus. Der ESF+ führt bestehende Programme zusammen. Dazu gehören der ESF selbst, der vor allem dazu dient, Arbeitskräfte zu qualifizieren, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen sowie der Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP), dessen Projekte extreme Armut lindern helfen. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die Gewerkschaften und Die Linke im EU-Parlament (EP) begrüßen dies grundsätzlich, sofern die verschiedenen Aufgaben der einzelnen Programme weiterhin mindestens gleichwertig erfüllt

1 Der Wortlaut der Entschliessung: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0242+0+DOC+PDF+V0//DE>

2 Quelle: https://dsv-europa.de/en/news/2018/06/europaeische-arbeitslosen-rueckversicherung.html?utm_campaign=_Newsletter_65badf60c193d7132206bb7e92587bbb677683ce

werden. Kritisiert wird dagegen, dass die Prioritäten des ESF+ stärker daran gebunden werden sollen, was die EU den EU-Ländern im Rahmen des Europäischen Semesters empfiehlt. Hier kann es zu Konflikten zwischen neoliberalen wirtschaftlichen und fiskalischen Vorschriften und bisher unverbindlichen sozialen Empfehlungen kommen.

Verordnung über die Koordinierung sozialen Sicherungssysteme

Der Rat der Sozialminister hat am 26. Juni die gemeinsame Position der EU-Länder zur Überarbeitung der Verordnung über die Koordinierung sozialen Sicherungssysteme in der EU festgelegt. Die Verordnung regelt sozialrechtliche Ansprüche von EU-Bürgern, die sich in einem anderen EU-Land aufhalten, dort leben oder arbeiten. Mit seinem Beschluss geht der Rat unter österreichischer Ratspräsidentschaft in die Verhandlungen mit dem EU-Parlament (EP). Wenn das EU-Parlament seine gemeinsame Position im September festlegt hat, werden zähe Verhandlungen erwartet. Knackpunkte werden in den Bereichen Arbeitslosengeld (ALG), Entsendung von Arbeitnehmer*innen (anwendbares Sozialrecht) und Zugang zu Sozialleistungen für Nicht-Erwerbstätige liegen. Der Rat will einige neue Hürden einziehen: So sollen etwa Ansprüche auf ALG in einem anderen EU-Land zukünftig erst nach einem Monat gelten. Für Grenzpendler soll das Land der Beschäftigung

zuständig für ALG werden, aber erst nach drei Monaten. Bisher sind die Regeln deutlich einfacher. Es gibt keine zeitlichen Schwellen. Die Linke im EP will die Regeln für die EU-Bürgerinnen und -Bürger so einfach wie möglich gestalten und wirkt im EP auf eine entsprechende Position hin.

Richtlinie zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

Am 25. Juni hat der Rat der Sozialminister seine gemeinsame Position zur neuen Richtlinie über die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben festgelegt. In einigen Punkten schwächt der Kompromiss des Rates den ursprünglichen Vorschlag der Kommission deutlich ab. Statt vier sollen nur zwei Monate Elternzeit nicht übertragbar sein. Dies fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht in ausreichendem Maße. Die Kommission hatte vorgeschlagen, Vaterschaftsurlaub, Pflegezeiten und Elternzeit verbindlich mindestens in Höhe des in einem EU-Land gültigen Krankengeldes zu vergüten. Der Rat hat diese Mindeststandards für die Vergütung gestrichen und will dies den EU-Ländern jeweils selbst überlassen. Die Linksfraktion im EU-Parlament hat sich für eine verbindliche Vergütung in Höhe von 100 % des letzten Lohnes ausgesprochen. Das Parlament wird seine Verhandlungsposition in den kommenden Tagen abstimmen. Dann beginnt die Auseinandersetzung mit dem Rat. □

Thorsten Jannoff. Die bei Verdi organisierten Pflegefachkräfte an den beiden Unikliniken Essen und Düsseldorf streiken für einen Entlastungstarifvertrag für mehr Personal und die Reduzierung der Arbeitsbelastung. Die Klinikleitungen weisen bisher alle Forderungen zurück. Der Abschluss von Tarifverträgen sei Sache der Tarifgemeinschaft der Länder. Verdi pocht dagegen auf einen Haustarifvertrag, der es den Kliniken ermöglichen würde, zusätzliches Personal einzustellen. In Düsseldorf ist die Belegschaft mittlerweile in einen unbefristeten Streik getreten. Verdi stellt einen unbefristeten Streik auch für Essen in Aussicht. Wir dokumentieren im Folgenden aus einer Erklärung von Verdi.



„Mehr von uns ist besser für alle!“

Das Ergebnis der einwöchigen Urabstimmung an der Uniklinik Düsseldorf ist eindeutig: 96 Prozent der abgegebenen Stimmen sprachen sich für einen unbefristeten Streik aus, um einen Tarifvertrag für Entlastung und mehr Personal durchzusetzen ... Anlass für diesen nächsten Schritt in der Tarifaueinandersetzung war die beharrliche Weigerung des Vorstandes der Uniklinik, mit Verdi in Verhandlungen zu treten... Die Arbeitsbedingungen

sind unerträglich geworden. Die Bereitschaft, in einen unbefristeten Streik zu treten, beweist das. Beschäftigte in Krankenhäusern wollen nicht streiken, sie wollen Patientinnen und Patienten gut versorgen und pflegen. Das können sie aber nicht mehr. Die Zustände sind nicht mehr verantwortbar. Nach der Urabstimmung kann der Streik unmittelbar fortgesetzt werden. „Der Vorstand der Uniklinik Düsseldorf kann die weitere Eskalation verhindern“, betont Cremer. „Wenn wir überzeugende und glaubhafte Verhandlungsangebote bekommen, werden wir angemessen und verantwortlich darauf reagieren.“ Das Zeitfenster dafür sei aber „sehr eng bemessen“. (29.06.18) <https://nrw.verdi.de/presse>

DOKE Blick in die Presse

LOHNERHÖHUNGEN / WIRTSCHAFTSKRAFT

ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN

WSI-Tarifarchiv. 2017 erzielten Tarifbeschäftigte in Deutschland ein Plus von 0,6 Prozent. Tariflöhne und -gehälter haben 2017 nominal durchschnittlich um 2,4 % zugelegt, abzüglich des Verbraucherpreisanstiegs von 1,8% ein realer Zuwachs um 0,6%. „Da die Inflationsrate wieder spürbar höher ist, fällt der Reallohnzuwachs 2017 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geringer aus“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Prof. Dr. T. Schulten. „Von 2014 bis 2016 stiegen die Tariflöhne wegen der sehr geringen Preissteigerung real zwischen 1,9 und 2,4%, ein wesentlicher Beitrag für den ökonomischen Aufschwung in Deutschland. Dieser Impuls für die Binnennachfrage hat sich 2017 abgeschwächt fortgesetzt.“ www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2018_01_11.pdf

Volker Wieland, Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen sowie Mitglied des „Kronberger Kreises“ der Stiftung Marktwirtschaft. „Die Idee Europas war ja, freie Arbeitsmobilität wie in den USA zu erreichen. Wenn sie in einzelnen Gegenden so einer großen Wirtschaftszone hohe Arbeitslosigkeit haben, dann muss der Ansatz sein, die Beschäftigung dort zu steigern, wo sie gesteigert werden kann und nicht die Löhne zu erhöhen“ 26.2.18. www.lobbypedia.de

Peter Bofinger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, als Keynesianer der einzige Vertreter einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. „Als nachfrageorientierter Wirtschaftspolitiker berücksichtigt er, dass Löhne nicht nur Kostenfaktor sind, sondern auch wichtiger Bestandteil der Güternachfrage. Er ist für eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung und bestreitet, dass Lohnerhöhungen unterhalb des Produktivitätszuwachses beschäftigungsfördernd wirken. Bofinger hat sich gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen ausgesprochen und empfiehlt stärkere Förderung von Geringqualifizierten auf Vollzeit-Jobs sowie einen flächendeckenden Mindestlohn. Er fordert geringere Lohnnebenkosten durch höhere Steuern (insbesondere eine höhere Einkommensteuer) bei einer insgesamt unveränderten Staatsquote.“ 26.2.18. www.lobbypedia.de

Statistische Daten, grafisch aufbereitet, zu Löhnen und Arbeitskosten in Europa sind zu finden bei: Eurostat-Statistics explained ec.europa.eu

Zukunftsthema Rente auf dem AfD-Parteitag in Augsburg beschlossen.

Für die Landtagswahlen (2018 in Hessen und Bayern sowie 2019 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg) will die AfD ihre Macht bis zur Regierungsbeteiligung ausbauen.

A. Weidel, Vorsitzende der Bundestagsfraktion sagt, eine Koalition mit der CSU sei langfristig denkbar, wenn diese sich inhaltlich noch weiterbewege und auch „Personal getauscht hat“. Die weitere Entwicklungsrichtung der Partei wurde mit dem – laut Höcke – Zukunftsthema der AfD, nämlich Rentenpolitik, für einen Sonderparteitag im Jahr 2019 beschlossen: „Wir werden uns verstärkt der ‚kleinen Leute‘ annehmen und die sozialen Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung gegen die zerstörerischen Kräfte des Raubtierkapitalismus verteidigen!“. Höcke will u.a. kleine Renten mit einer Zuschussrente aufstocken – mit nationaler Komponente: einen Rentenaufschlag für gering verdienende Deutsche. „Zeigen wir, dass die AfD die Partei des solidarischen Patriotismus ist“, wirbt er. „Verknüpfen wir Identität und Solidarität in einem symbolpolitischen Akt.“ Dies passt zu den anderen nationalen Elementen in der AfD-Programmatik: Mehrwertsteuer senken, Mindestlöhne erhöhen, aber nur für Deutsche. Die „Staatsbürgerrente“ lehnen Meuthen und weitere führende AfD-Politiker ab. Sie wollen auf dem nächsten Parteitag ihre Option einer Eigenvorsorge im Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems mehrheitsfähig machen. Meuthen forderte in seiner Rede eine Wende in der Altersvorsorge hin zu größtmöglicher Eigenverantwortung. Diese müsse einhergehen mit einer deutlich höheren Besteuerung von „Luxuskonsum“. Insbesondere Millionen von Ostdeutschen erhielten Renten im Bereich der Grundsicherung, obwohl sie jahrzehntelang eingezahlt hätten. Den Bürger*innen sollte „Schritt für Schritt eine selbstgewählte freie Form ihrer Altersvorsorge“ ermöglicht werden. Wer das nicht schaffe, für den solle der Staat aus Steuermitteln aufkommen.

Quelle: https://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/partei-des-national-sozialistischen-patriotismus/

Psychiatrischen Anstalt in Hadamar bekennt sich zur Erinnerungsverantwortung für die „Euthanasie“-Opfer des NS-Staats. Dort ermordeten die Nazis 15000 behinderte und

psychisch kranke Menschen durch Gas und später durch Verhungernlassen. Zum Gedenken wurde jetzt mitten im Ort das „Denkmal der grauen Busse“ eingeweiht. Bürgermeister M. Ruoff (CDU) spricht von Erinnerungsverantwortung, der sich die Stadt stellen muss. Diskutiert wird, ob das Denkmal, das bereits in 20 Städten aufgestellt war, dauerhaft in Hadamar bleiben soll. Dies wäre ein erinnerungspolitischer Durchbruch in der Stadt, die sich bisher mit der Geschichte schwer tat. „Wenn die Stadtgesellschaft jetzt hier mit dem Bus so umgeht, dass die Ängste der Politiker verschwinden, dann hat es eine Chance“, so der Künstler Horst Hoheisel. Schülerinnen des Musikgymnasiums Montabaur recherchierten die Geschichten von in Hadamar Ermordeten, darunter auch die lange unbekannte Geschichte von Gertrud Stockhausen. Ihr Sohn, der bekannte Komponist Karl-Heinz Stockhausen, widmete seiner Mutter eine Oper.

Quelle: Deutschlandfunk, 7.5.18

Vorsitzender des hessischen Ausländerbeirats stellte Anzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung.

Gegen die Äußerung des AfD-Fraktionsvorsitzenden A. Gauland „Hitler und die Nazis“ seien „nur ein Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ hat E. Gülegen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), bei der Staatsanwaltschaft Wiesbaden Strafanzeige gegen Gauland gestellt. Die Äußerung sei „skandalös und ein unerträglicher Hohn gegenüber den Opfern des Holocaust“, erklärte Gülegen. Er warf Gauland vor, er verharmlose, relativiere und spiele die Verbrechen des Nationalsozialismus offensichtlich bewusst herunter. Den „bewussten ständigen Provokationen führender AfD-Vertreter“ müsse Einhalt geboten werden.

Quelle: Hessenschau, 6.6.18

Ausstellung „Keine Alternative“.

Die Ausstellung der VVN-BdA zur AfD ist überarbeitet. Sie hat den Titel: „Keine Alternative!“ und analysiert die Ideologie der „Alternative für Deutschland“ und die Beziehungen dieser Partei zu einer breiten völkischen Bewegung in Deutschland. Die gegenseitige Beeinflussung von Partei einerseits, extrem rechten Medien, Gruppen und Anführern andererseits, ist kennzeichnend für die AfD und entscheidend für deren weitere Entwicklung.

Die Ausstellung ist unter <https://vvn-bda.de/ausstellung-keine-alternative/> anzuschauen und auszuleihen.

Lektürebericht:

Rechtspopulismus und Gewerkschaften

Eine arbeitsweltliche Spurensuche

ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN/HESSEN

Im Milieu der Gewerkschaftsmitglieder wählten 15 % bei der Bundestagswahl die AfD, das sind mehr als die 12,6 %, die die AfD insgesamt erzielte. Da die »Welt der Arbeit« in der Rechtspopulismus-Forschung noch nahezu im Dunkeln liegt, hat der VSA-Verlag im Februar 2018 eine Studie über das Erstarken des Rechtspopulismus in den Gewerkschaften veröffentlicht. Der Studie liegt die Fragestellung zu Grunde: „Gibt es im betrieblichen und gewerkschaftlichen Kontext einen arbeitsweltlichen Nährboden dafür, dass dort rechtspopulistische Orientierungen breiter werden?“

Befragt wurden Haupt- und Ehrenamtliche sowie Vorstandsmitglieder von DGB, IG Metall und Verdi, Betriebs- und Personalräte in unterschiedlichen Produktions- und Dienstleistungsreichen, insgesamt 114 Personen, die Erfahrungen und Umgangsformen mit Rechtspopulismus in Gewerkschaften und Betrieben zusammentrugen.

Die Studie dokumentiert die Interviews mit den Befragten und bietet einen guten Einblick in betriebliche Problemlagen und den Umgang mit Rechtspopulismus.

Die Teilnehmenden äußerten sich zu drei Fragekomplexen:

1. Inwiefern und in welcher Form treten rechte Orientierungen und Aktivitäten in den Betrieben verstärkt auf?
2. Haben die Verhältnisse in den Betrieben etwas mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus zu tun? Sind sie Teil des Nährbodens, auf dem rechte Orientierungen und auch eine Partei wie die AfD gedeihen können?
3. Wie artikuliert sich die Entfremdung gegenüber dem politischen Feld, insbesondere den Parteien? Wann und wie schlägt diese in Establishment-Kritik um?

Zu 1. – Alle berichteten von einer betrieblichen Klimaveränderung mit der Fluchtbewegung 2015, die wie ein i-Punkt auf bereits vorhandene Signale für eine Änderung der öffentlichen Stimmung wirkte. Vor diesem „Dammbruch“ gab es bereits Gründe für große Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen. Die von Pegida und AfD zur Zielscheibe erhobene Islamisierung des Abendlandes lenkte

die Stimmung, auch in der Gewerkschaft, teilweise gegen die Geflüchteten um. Es kam zu einer Enttabuisierung rassistischer Ressentiments aufgrund von Angst: „Die nehmen uns was weg“. Die sozialen Auseinandersetzungen werden von AfD-Anhängern nicht mehr auf einer vertikalen Konfliktachse Kapital und Lohnarbeit verortet, sondern horizontal: wir gegen die anderen – nationalistisch, ethnisch, kulturell. AfD-Anhänger werden als Protestpotenzial erlebt, das auch mal links wählt und vertritt, die AfD sei keine Nazipartei. Begünstigend wirkt dabei, wenn Gewerkschaften parteipolitische Neutralität „aus demokratischen Gründen“ einfordern.

Der Rechtspopulismus trete in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit als rücksichtsloser Fürsprecher der „kleinen Leute“ im Betrieb auf. Der Betriebsrat werde als Teil des Establishments, weil zu kompromissbereit, angegriffen. Rechtspopulisten kandidierten, manchmal unerkannt, erfolgreich auf gewerkschaftlichen oder rechten Listen – wie die Liste Automobil bei Daimler im März 2018 –, um die linke Arbeit der Gewerkschaft zu beenden.

Bei der Meinungsmache der Rechtspopulisten im Betrieb spielten verdeckte Strukturen über soziale Medien eine große Rolle. Unter der Decke einer scheinbar befriedeten betrieblichen Öffentlichkeit nähmen Enttabuisierung und Enthemmung freien Lauf, nicht reglementiert von Facebook, Google und Twitter und ohne Zwang, sich rechtspopulistisch outen und sich gewerkschaftlichen und unternehmerischen Widerständen aussetzen zu müssen.

Zu 2. – Die betrieblichen Verhältnisse hätten sich verschlechtert, und gleichzeitig sei kein adäquater Schutz von Gewerkschaftsseite wahrnehmbar. Berichtet wird von fortwährendem Druck, Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen durch ständige Restrukturierung von Betriebsabläufen,

Aufspaltungen, Verlagerungen, Standortkonkurrenz, Kostensenkungsprogrammen und damit größerer Konkurrenz der Beschäftigten untereinander.

Orte und Zeiten, an denen Solidarität gelebt werden könne, würden immer weniger bereitgestellt. Bei manchen entstehe dadurch Abstiegs- und Zukunftsangst und Angst vor Kontrollverlust, andere reagierten mit Wut oder Resignation. Fehlende Anerkennung fördere das Gefühl von Machtlosigkeit. Insbesondere Kolleg*innen aus ostdeutschen Bundesländern müssten vielfach schwierigere Umfeldbedingungen verkraften und fühlten sich mit ihren enttäuschten Hoffnungen allein gelassen. Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und Hilflosigkeit verbinde sich mit gesellschaftlicher Unsicherheit zu einem explosiven Gemisch und der Suche nach Schuldigen.

Zu 3. – Der Staat werde nach einer 30-jährigen neokonservativ-neoliberalen Epoche oft als feindliche Institution wahrgenommen: als der Staat »der anderen«. Von der Politik würden deshalb keine regulierenden Eingriffe oder gar Lösungen mehr erwartet. So würden die von Schwarz-Rot in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten Arbeitsmarktformen in ihrer Wirkung auf die Arbeitswelt überwiegend als Schlechterstellung von Lohnabhängigen und ihrer Familien bewertet. Vorgeworfen werde dem politischen Establishment, die betrieblichen und sozialen Nöte eines »Großteils des Volkes« zu ignorieren, auch in Bezug auf die außerbetrieblichen Aspekte, die für die Lebensverhältnisse zentrale Bedeutung haben, also Wohnen, Gesundheit, Bildung, Rente und öffentliche Infrastruktur. Die Sparpolitik habe vieles heruntergewirtschaftet. Der staatliche Kontrollverlust werde bei Teilen der Belegschaften in einen Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung gestellt – und das mit der völkischen Konnotation: »Die kriegen es, und wir müssen darben.«

Ergebnisse der Studie:

„Die geschilderten Zuspitzungen der Probleme in der Arbeitswelt lassen erkennen, dass zugleich ein sozialpartnerschaftliches Ordnungssystem aus den Fugen gerät. Der Kapitalismus als Leistungssystem basiert auf dem Versprechen: Wer seine Arbeit gut und effektiv macht und sich dafür qualifiziert hat, erhält ein (relatives) Wohlstands- und Sicherheitsversprechen – und wenn es gut läuft, auch ein Aufstiegsversprechen.“ Diese Versprechen gerieten unter die Räder eines Regimes, in dem „Wirtschaftlichkeit“ und „Effizienz“ das Primat haben. »Der Markt« trete an die Stelle der hierarchischen Kommunikation und dahinter verschwände die Qualität



der Arbeit und die zugehörige Person. Die Wut aufgrund von Abstiegs- und Zukunftsängsten werde ans politische Establishment adressiert. Hierin liege der betrieblich-arbeitsweltliche Nährboden für rechtspopulistische Verarbeitungsformen.

„Gewerkschaften sind das einzige, das wir noch haben“, diese Auffassung überwiegt noch. Allerdings droht – laut Einschätzung der Autoren –, wenn sich der Rechtspopulismus der sozialen Frage annimmt und auf wohlfahrtsstaatliche und betriebliche Terrains vorrückt, die Erosion gewerkschaftlicher Macht, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, diese Entwicklung zu bremsen. Hierzu gehört eine Interessenvertretung, die erfahrbar der Zuspitzung der arbeitsweltlichen Problemlagen entgegentritt. Ihr Fehlen berge Einfallstore für Rechtspopulismus.

Die einheitliche Devise der DGB-Gewerkschaften: „Klare Kante gegen Rechts und offene Tür“ (für Rückkehrende, die überzeugt werden konnten) ist nicht selbstverständlich umzusetzen. Rechtspopulistische Vorurteile sind weit verbreitet, es gibt fließende Übergänge von neoliberalen bis zu rechtsextremen Denkweisen.“ Stärkung von Vertrauensleuten durch Bildungsseminare, von Teamern, die befähigt werden müssen, mit rechten Vorurteilen und Provokationen umzugehen, Räume zu schaffen, in denen über das Tagesgeschehen reflektiert und sich ausgetauscht werden kann, Strukturen betriebsnaher Bildungsarbeit durch Bildungsobleute werden in den Gewerkschaften diskutiert ebenso wie Stammtischkämpfer*innen-Seminare, um gegen Rechts handlungsfähiger zu werden.

Die Studie hält fest: es gibt keinen Automatismus – das Pendel schlägt nicht zwangsläufig nach rechtsaußen! □

Ein befragter IG Metall-Funktionär sagt:

„(...) bei den Leistungsgeschichten, da sind wir ohne Antwort. (...) Wir thematisieren das über Arbeitszeit und über psychische Krankheiten. Das sind die Sachen, mit denen wir an die Leistung rangehen. Weil du hast jetzt auch in den Bereichen immer mehr Leute, die Burnout haben. (...) Du hast Abteilungen, wo die Leute 80 Überstunden machen. Das heißt, die arbeiten statt 35 dann 55 Stunden (...). Und da musst du einfach sagen, hier müssen wir einen Mechanismus haben. Und das finde ich auch schade an unserer Arbeitszeitdiskussion, dass sie an dem Punkt nicht ansetzt ... Also die Leistungspolitik ist uns völlig aus dem Ruder gelaufen.“

Mit freundlicher Genehmigung des Autors hier ein Text, der bereits am 28. Juni in der Reihe „Kurzinformationen“ des Bereich Strategie & Grundsatzfragen des Parteivorstands der Linken erschien. Inzwischen haben CSU und CDU in der Streitsache „Zurückweisung an den Grenzen“ eine Kompromissformel gefunden. Die strategische Streit „unilateral, national oder multilateral und liberal“ geht jedoch fort, und es bleibt auch die Aufgabe der Linken, auszubuchstabieren, was internationale Solidarität heißt, wenn sie auf dem Gebiet zwischenstaatlicher Beziehungen und Verträge geübt werden soll.

Zerbricht die Union von CDU und CSU?

DR. HARALD PÄTZOLT, BERLIN

Mit gemischten Gefühlen sehen sich die Menschen in Deutschland und anderswo als Zuschauer eines politischen Spektakels mit offenem Ende. Selbst Donald Trump muss tatenlos Zuseher. Der Plot ist schnell beschrieben: Markus Söder, Ministerpräsident des Freistaates Bayern, beauftragt seinen Bundesinnenminister Seehofer, demonstrativ die Merkelsche Flüchtlingspolitik zu beenden und die „Kontrolle der deutschen Grenzen wiederherzustellen“. Getreu des Straußschen Diktums „Keine Partei rechts von der CSU“ will er so die AfD kleinhalten. Bayern steht vor der Landtagswahl. Horst Seehofer kam die geforderte Machtdemonstration gegen die Kanzlerin gerade recht, für ihn spaltet Merkel das Land und kann eigentlich weg. Angela Merkel versucht, den Angriff zu nutzen, um Druck auf die europäischen Partner zu machen, eine europäische Lösung der Flüchtlingsfrage zu erreichen. Gelänge ihr dies, wäre ihre Kanzlerschaft gefestigt. In der Sache geht es der CDU wie der CSU um eine Abwehr von Flüchtlingen, zuerst an Europas Außengrenzen, dann an Deutschlands Grenzen. Das Schauspiel ordnet sich in eine länger andauernde Auseinandersetzung „über die Grundausrichtung der Politik. National oder europäisch, autoritär oder liberal“ (Robert Habeck) ein.^[1]

Kulturkampf in der Union

Habeck bestätigt damit unsere Analyse vom Anfang März des Jahres: „Die autoritäre Fronde, europaweit marschierend, in Deutschland in Gestalt der AfD politisch präsent, ist, trotz vielen Feldgeschreis in und außerhalb der Parlamente, noch in Wartestellung. Sie wartet darauf, fortschreitende Prozesse zunehmend autoritärer Regulierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen, von der Bevölkerung mit gewünschter Veränderungslosigkeit zitternd beschworen, begleitet, politisch finalisieren, vollstrecken zu können. Der Weg ginge von der liberalen Demokratie hin zur Mehrheitsdemokratie, bayerisch-ungarische Verhältnisse werfen ihre Schatten nach Norden und Osten unserer Republik. Das hat alles eine Geschichte, wir erinnern uns, dass die guten Sachen ihren Landesvater Kurt Biedenkopf schon zu Lebzeiten zu vergolden suchten;

wie ihren August, der als goldener Reiter Dresden zierte.“^[2]

Die CSU scheint geschlossen hinter Söder und Seehofer zu stehen, aber das ist nicht der Fall: Wenn Söder die Wahl verliert, wird der liberalere, europäischere Teil der Partei (etwa Ilse Aigner, auch CSU-Vize Manfred Weber) seinen Kopf fordern und den Versuch einer Koalition mit den Grünen wagen wollen. Das Unbehagen gegen Söder und Dobrindt speist sich aus vielen Quellen. Der Audi-Chef Stadler sitzt in U-Haft. Der Bundesverkehrsminister hatte sich mit der Maut beschäftigt, die Krise der bayerischen Automobilindustrie nicht gemanagt. Auch geht bei in der Wirtschaft die Sorge um, dass Bayern wegen der Automobilkrise durchaus wirtschaftlich bald wieder auf Hilfe des Bundes angewiesen sein könnte. Das wird Dobrindt persönlich und seinem Klüngel als Staatsversagen angesehen.

Korruptionsfälle im Freistaat brachten aktuell Top-Leute der CSU, aber auch der SPD (so den CSU-Landtagsabgeordneten Franz Rieger, Ex-CSU-Kandidat Christian Schlegl oder den suspendierten SPD-OB von Regensburg) ins Visier der Staatsanwaltschaft. Es gärt also in der CSU.

Krise des Parteiensystems

Im Ergebnis der Bundestagswahl im Herbst 2017 war das deutsche Parteiensystem nach den Kriterien der Parteienforschung instabil geworden. Nicht nur der Eintritt der AfD in den Bundestag, auch die dramatischen Verluste der Union, der erneute Tiefstand der SPD, die den Wahlkampf prägende „kulturalistische Spaltungslinie“^[3] um die Flüchtlingsfrage herum begründeten diesen Befund.

Im „Spiegel“ wird das Ende des Parteiensystems, das die Bundesrepublik fast 70 Jahre lang prägte, befürchtet und Merkel und Seehofer vorgeworfen, den Wert eines stabilen Parteiensystems gering zu schätzen.^[4] Es wäre zu ergänzen, dass auch die SPD „toxisch“ ist; mit ihrem Verfall wächst der Druck auf die CDU. Die Sozialdemokratie ist in ihrer Schwäche aktuell kein fester Stein, kein Halt gegen das ins Rutschen geratene

Parteiensystem.

Es ist keineswegs klar, ob sich das Bündnis von CDU und CSU wieder stabilisieren wird. Dass daraus eine Dynamik politischer Bewegungen, grob vergleichbar mit denen in Frankreich oder Italien entstehen könnte, wird in den Regierungsparteien mit Sorge wahrgenommen. Allzu stark scheint das Eigeninteresse der Parteikader. Gleichwohl haben sich die kleineren Parteien, FDP, Grüne, auch in Teilen Die Linke, bereits in Richtung Bewegungsparteien orientiert, Wachsen und/oder Sammeln, Personalisieren und Popularisieren liegen eben auch im Trend.

Regierungskrise

Die Kanzlerin wird vom Koalitionspartner offen angegriffen, und es werden in Regierungs- und Parteikreisen Ministerentlassung, Vertrauensfrage, neue Koalitionen und auch Neuwahlen öffentlich diskutiert. Wir haben also eine Regierungskrise. Das wäre die Stunde der Opposition. Diese agiert sehr unterschiedlich: Grüne und FDP sehen das Schauspiel eher gelassen und warten auf ihren Einsatz, sollte es zum Bruch kommen. Die Grünen haben bereits angekündigt, im Falle einer Vertrauensfrage Merkel zu stützen. Die AfD geriert sich als rassistisch-flüchtlingsfeindliches Original zu Söders CSU. Nur Die Linke präsentiert sich gegen die Frontex- und bayerische Grenzpolizei-Mentalität herrschender Politik der anderen Parteien, seien sie in Regierung oder in Opposition, als „Bollwerk der Menschlichkeit“ (D. Bartsch) und kritisiert den „Putschversuch von rechts“ (B. Riexinger).

Krise der EU

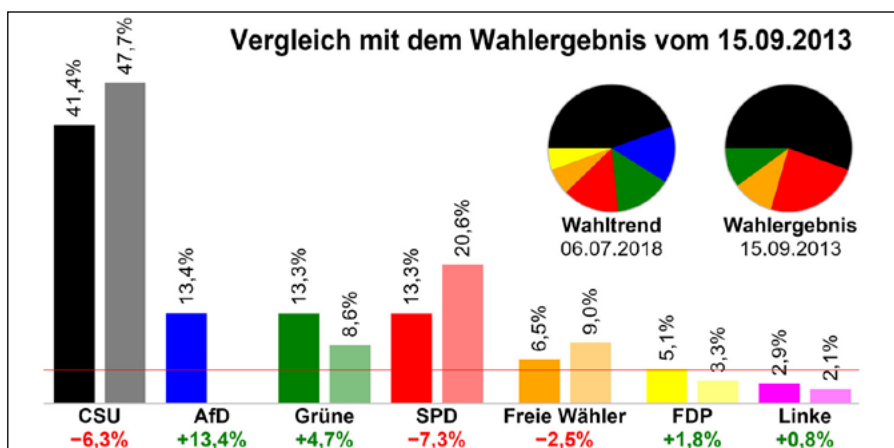
Dass in der EU aktuell keine europäische Lösung des Flüchtlingsproblems möglich ist, ist auch eine Krise der EU. Frankreich und Deutschland und einige weitere Staaten bemühen sich um eine multilaterale Lösung, andere Länder Osteuropas agieren eher unilateral – und der Riss geht mit dem Streit zwischen CSU und CDU auch mitten durch die Union und die deutsche Regierung. Merkel versucht es auch bilateral, in Nebenabsprachen mit der Türkei zum Beispiel, und nichts

1 zit. nach: Eubel, Cordula: Die Grünen denken über eine Kenia-Koalition nach. In: Tagesspiegel online vom 25.06.2018 2 Pätzolt, Harald: Kulturkampf in der Union. In: Politische Berichte 3/18, S. 18f. 3 Walter, Franz: Libertärer Schein der Lifestyle-Linken. In: Spiegel vom 23.06.2018, S.38f. 4 So im Spiegel vom 23.06.2018, S. 8 und auch S.18 5 Augstein, Jakob: Macht und Missverständnis. In: Spiegel Online vom 25.06.2018

kommt zu einem Ende. Keine der Optionen in der Debatte wäre ein gutes Ende aus linker Sicht, schon gar nicht für die Geflüchteten, deren Chancen auf Asyl dramatisch reduziert werden und/oder in Lagern außerhalb der EU ein elendes Leben fristen müssen.

Jakob Augstein weist auf diese Widersprüche hin: „Was wir Demokratie nennen, brauchte zum Gedeihen die besonderen Bedingungen der Pax Americana – ein waffenstärkendes Dominanzsystem, das den Rest der Welt zum Objekt einer wirtschaftlichen und moralischen Ausbeutungsmaschine machte. Wir haben in einer Gated Community gelebt.“^[5]

In Europa findet ein Kulturkampf um die Frage statt, ob und wie Freiheit, Sicherheit und Wohlstand weiterhin gegen Ansprüche der sogenannten Unterschichten in den eigenen Ländern und der Armen weltweit verteidigt wird. Wird das geschehen mit einer Rückkehr zu unilateralen, nationalen Vorgehen oder multilateral und liberal? Oder wird es gelingen – so die linke Utopie und Ziel der linken Politik – diese Kampflinie zu durchkreuzen? Darum ginge es auch bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament. □



Martin Fochler, München. Nach dem gegenwärtigen Stand der Umfragen verliert die CSU die absolute Mehrheit. Die AfD erreicht mit 13,4% das Landtagswahlergebnis von Baden-Württemberg (13.3.2016, 15,1%) nicht. Freie Wähler, FDP sowie die Grünen und im Zuge des Augsburger Parteitags auch die AfD haben sich der CSU als Koalitionspartner angeboten. Die CSU kann keines dieser Angebote annehmen, ohne einen jeweils anderen, aber immer erheblichen Teil ihrer Anhängerschaft vor den Kopf zu stoßen. Die absolute Mehrheit wäre die Lösung dieses Dilemmas. Für die Stimmung in der Wählerschaft wird ausschlaggebend sein, ob die unilateral-nationalistische Linie bei der Regelung der Beziehungen mit Österreich und Italien zu praktischen Ergebnissen führt. Polizeitaktisch denkt man an ein Grenzregime, das im Alltag von den Staatsbürgern kaum zu spüren ist, aber jederzeit auf jeden zugreifen kann. Es entsteht eine Art selektierender Ausnahmezustand, der für Geflüchtete und Wanderarbeiter bereits Realität ist, aber, der Trend zur Ausweitung der Polizeiaufgaben belegt es, nach Staatsräson und Lage auf weitere Personenkreise ausgeweitet werden kann. <https://dawum.de/Bayern/#Umfrageverlauf>

Von Klärung auf dem Bundesparteitag nichts zu spüren Migration, Kampf gegen Rechts und Europa zerreißen Die Linke weiter

WOLFGANG FREYE, ESSEN *

„Die Linkspartei hat einiges zu klären“, titelte die Zeitung „Neues Deutschland“ am 9.6.2018, während des Bundesparteitages der Partei Die Linke in Leipzig. Nach dem Parteitag kann man feststellen: Es ist nichts geklärt, vielmehr ist die Partei zerrissen, Lösungen zeichnen sich nicht wirklich ab. Die wesentlichen Themen sind dabei die Positionen zu Flüchtenden und Migration, zum Kampf gegen Rechts, zu Europa und der von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht betriebenen Sammlungsbewegung.

Inhaltlich versuchten sowohl der Parteivorstand als auch die Mehrheit der Bundestagsfraktion, die Konflikte unter der Decke zu halten. Der mit vielen Änderungen verabschiedete Antrag des Parteivorstands „Die Linke – Partei in Bewegung“ hat zwar recht deutlich die Positionen der Parteispitze gestärkt. Er spricht sich gegen das „Sterben im Mittelmeer“ z.B. für legale Fluchtwege und offene Grenzen aus. Zum Kampf gegen den Rechtsruck enthält er die klare Aussage: „Wer die Rechten bekämpfen will,

darf ihren Forderungen nicht nachgeben und ihre Redeweise nicht übernehmen.“ Er beschränkt sich aber in vielen Punkten auch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und Allgemeinplätze wie den Vorschlag zu einer „soziale Offensive“.

Die nötige Debatte zur Migrationsfrage wurde aber ausdrücklich verschoben – stattdessen wurde der Parteivorstand beauftragt, eine „organisierte Diskussion“ dazu „anzustoßen“ – in den Gremien, und nicht bei Twitter, Facebook oder in der *Neuen Züricher Zeitung*. Der undurchsichtige Vorstoß von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht zu einer Sammlungsbewegung spielte in den Debatten kaum eine Rolle. Außer dem früheren SPD-Sozialpolitiker Rudolf Dreßler sind keine namhaften Unterstützer bekannt.

Wahlergebnisse als „Denkzettel“

Die Zerrissenheit und entschiedene Machtkämpfe wurden deshalb zunächst in Wahlergebnissen deutlich. So wurden Katja Kipping und Bernd Riexinger zwar als

Parteivorsitzende wiedergewählt, aber mit deutlich schlechteren Ergebnissen als beim letzten Parteitag (Kipping 64,5 %, Riexinger 73,8 %). Beim einzigen Amt im Geschäftsführenden Vorstand, bei dem es eine Gegenkandidatur gab, ging es dann um 3 Stimmen: Jörg Schindler, Rechtsanwalt, stellv. Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt und von den Parteivorsitzenden unterstützt, wurde im zweiten Wahlgang mit 265 Stimmen gewählt. Frank Tempel, Kriminalbeamter, früherer Bundestagsabgeordneter und



Christiane Schneider, eine der Herausgeberinnen dieser Zeitschrift, bei ihrer Vorstellung für den Parteivorstand. Sie wurde mit einem guten Ergebnis gewählt.

nun Mitarbeiter der Bundestagsfraktion, der Dietmar Bartsch nahesteht, erhielt 262 Stimmen. Die Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden hatte der Parteitag kurzerhand um zwei aufgestockt, um Gegenkandidaturen zu vermeiden.

Zum offenen politischen Eklat kam es erst am Sonntag bei und nach der Rede von Sahra Wagenknecht. Sie machte deutlich, dass sie keinen Grund sieht, ihre bisherige Linie zu überdenken, verteidigte sie heftig und machte sich mit einer überspitzten Darstellung der Kritik

zum Opfer. „Wenn mir und anderen Genossinnen und Genossen aus den eigenen Reihen Nationalismus, Rassismus oder AfD-Nähe vorgeworfen wird, dann ist das das Gegenteil von einer solidarischen Debatte.“ Die AfD bezeichnete sie dann jedoch als eine „nur teilweise faschistische Partei“ – was immer das sein soll – und über die AfD-Wähler sagte sie zumindest mehrdeutig und in deutlichem Gegensatz zum oben zitierten Beschluss: „Wir erreichen sie nur, wenn wir ihre Sprache sprechen.“ Als „unglücklichste

Formulierung des Parteitages“ oder auch krasser bezeichneten viele Medien den Satz: „Den Hungernden in Afrika nützen offene Grenzen nichts.“ Er führte zu tumultartigen Szenen.

Im Anschluss daran beantragte die Berliner Sozialsenatorin Elke Breitenbach eine einstündige Debatte zum Thema Migration. Begründung: „Sahra, Du zerlegst gerade die Partei.“ Der Antrag wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen – so dass es doch noch eine Diskussion zur Migrationsfrage gab.

Wolfgang Freye. Essen. Die Strömung Forum Demokratischer Sozialismus (fds) ist zerrissen. Ein Teil der ihm nahestehenden Kräfte in der Bundestagsfraktion pflegt nach wie vor eine enge, mehrheitsbildende Zusammenarbeit mit den Anhängerinnen und Anhängern von Sahra Wagenknecht und anderen. Andere stellen zunehmend fest, dass etliche Positionen dieses Lagers ihrem Grundverständnis widersprechen. Unmittelbar vor dem Bundesparteitag sind mehrere bekannte Mitglieder des fds wie Udo Wolf (Fraktionsvorsitzender in der Berliner Bürgerschaft) ausgetreten – ausdrücklich mit der Begründung, dass sie eine Kritik des fds an den Positionen, die Bürgerrechte gegen soziale Interessen ausspielen vermissen. Auf dem Parteitag scheiterte das fds sowohl mit inhaltlichen wie mit personellen Vorschlägen weitgehend. In der folgenden, bei einem „Besonderen Treffen“ des fds am 24.6. beschlossenen Erklärung werden daraus erste Konsequenzen gezogen. Bei der Forderung nach einem „grundsätzlich anderen Politikverständnis“ stellt das fds sein fraktionelles Wirken allerdings nicht in Frage, obwohl gerade da wahrscheinlich auch ein Problem liegt.

DOI Erklärung des „Besonderen Treffens“ des fds vom 24.6.2018

Die Linke mit all ihren Biografien und Zugängen zur Politik stärken – Für ein grundsätzlich anderes Politikverständnis

Der Bundesparteitag ist gerade einmal zwei Wochen her. Durch den bayerischen Teil der Bundesregierung wird eine Unmenschlichkeit nach der anderen vorgeschlagen, jede Woche eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Aus der Bundesregierung selbst ist kein nennenswerter inhaltlicher Widerstand erkennbar.

In dieser Zeit kommt es auf eine starke Linke und erst recht LINKE an. Eine LINKE, die widerspricht und klar macht, auf welcher Seite der Barrikade sie steht. An der Seite der Schwachen und Schwächsten, an der Seite der liberalen Errungenschaften des Rechtsstaates und an der Seite der Menschlichkeit. Das tut die LINKE im Übrigen im Zweifel auch dann, wenn sie damit nicht die Mehrheit der Bevölkerung vertritt – weil Mehrheiten aus Überzeugung und Haltung entstehen, nicht wenn man dem Wähler nach dem Munde redet.

Die LINKE vertritt freiheitliche Werte gleichberechtigt neben dem Anspruch, für alle ein Leben in sozialer Sicherheit zu garantieren, moralische Integrität ist eine Grundlage linken Handelns. Wir haben keinerlei Verständnis, wenn das Engagement vieler Tausender für Geflüchtete dadurch diffamiert wird, dass man Weltoffenheit, Antirassismus

und Minderheitenschutz als „Wohlfühl-Label, um rüde Umverteilung von unten nach oben zu kaschieren und ihren Nutznießern ein gutes Gewissen zu bereiten“ beschreibt. Derartige Entgleisungen sind ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die sich für Weltoffenheit, Antirassismus und Minderheitenrechte engagieren.

Gleiches gilt für Positionen, nach der „Minderheitenrechte und Antidiskriminierungspolitik heuchlerische Facetten eines politischen Programms (sind), das sich als edel, hilfreich, solidarisch und gut inszeniert, obschon seine Protagonisten ihrem Wunsch nach einem Leben in bescheidenem, halbwegs gesichertem Wohlstand seit jeher mit völliger Gleichgültigkeit, ja Verachtung begegnen“.

Wir erwarten von allen unseren Genossinnen und Genossen gleich welcher Funktion oder Ebene, insbesondere aber von denen in herausgehobenen Positionen, dass sie Menschen, die sich für Minderheitenrechte und Antidiskriminierungspolitik einsetzen, in ihrer Arbeit unterstützen und nicht mit haltlosen Unfug diskreditieren. Es ist Aufgabe der LINKEN und es entspricht unserem Politikverständnis, sowohl Weltoffenheit, Antirassismus und Minderheitenschutz als auch Umverteilung von oben nach

unten einzufordern. In einer Zeit wo unter solidarität-statt-heimat.kritik.net.org/ ein breites Signal für Solidarität gesammelt wird, erwarten wir Rückendeckung aus der eigenen Fraktion und nicht Querschüsse.

Es widerspricht unserem Verständnis von linker Politik, einen Widerspruch zwischen der Stärkung der Rechte formal ausgegrenzter und diskriminierter Minderheiten, der sozialen Ungleichheit und schmilzenden Wohlstand der Mitte aufzumachen, als wäre dies zwangsläufig oder das eine wichtiger als das andere.

Es ist an der Zeit wieder auszusprechen, wer für soziale Ungleichheit, schmilzenden Wohlstand, Klimawandel und das Ausspielen der Schwachen gegen die noch Schwächeren verantwortlich ist. Nicht diesen Zusammenhang zu verschleiern. Auch liesse sich sauber herleiten, wie dieser unser Wohlstand und das entsprechende Wohlstandsgefälle zu den nun Flüchtenden denn entstehen konnte. Verantwortlich ist und bleibt: der Kapitalismus. Diesen zu überwinden ist unsere Aufgabe. Dafür braucht es eine starke LINKE.

Ginge man so an die Sache heran, würde man auch nicht erneut Geflüchtete zu Sündenböcken machen, indem man die „Aufnahme Hunderttausender Zuwanderer, vor allen in den Jahren 2015 und 2016“ verantwortlich macht für „akute Probleme wie den Mangel an Sozialwohnungen und Kita-Plätzen oder die hoffnungslose Überforderung von Schulen in sozialen Brennpunkten“. Diese Probleme sind auch ohne Geflüchtete vorhanden und es ist Aufgabe der gesellschaftlichen Linken dieser Verantwortungszuschreibung zu widersprechen, statt sie zu bedienen.

Nicht die Wirtschaft und die großen Unternehmen regieren das Land in den Abgrund, sondern eine große Koalition, die, wenn man sie gutmütig betrachten möchte, aus Angst vor dem Tod Selbstmord begeht. Es sind diese Zustände, die wir ändern müssen. Dafür müssen auch wir uns ändern. Packen wir's an! □

Dabei wurde jedoch vor allem noch einmal klar, dass keine Seite die richtigen Antworten hat. Wer die Abschottung gegenüber Migration oder sogar gegenüber Flüchtlingen vertritt, stellt sich damit auch gegen eine offene Gesellschaft als Voraussetzung von Emanzipation. Im schlimmsten Fall wendet er sich gegen Menschenrechte wie das Recht auf Asyl – wobei es besonders perfide ist, Flüchtlinge gegen Migranten oder Arme gegen andere Arme auszuspielen. Wer demgegenüber für offene Grenzen eintritt, ist gegen Abschottung, gewonnen ist dadurch jedoch auch noch nicht viel. Denn wer es Ernst meint, muss auch konkret sagen, wie offene Grenzen erreicht werden können. Stattdessen lehnen viele Befürworter der Formel es ab, über konkrete Regelungen, wie sie z.B. mit einem Einwanderungsgesetz erreicht werden können, auch nur nachzudenken.

Europäische Linke ebenfalls in Krise

Keine große Rolle spielte auf dem Bundesparteitag die Diskussion um die Zukunft Europas, obwohl es gerade in

diesem Raum offene Grenzen einschließlich Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt ja seit Jahren gibt. Die Krise der EU ist offenkundig, sie droht zu scheitern und die Reaktionen in der Partei Die Linke reichen von großer Besorgnis über Ratlosigkeit bis hin zu offener Hämie.

Gregor Gysi thematisierte das in seiner mit viel Beifall bedachten Rede als Vorsitzender der Europäischen Linken: „Wir dürfen uns vom Grundwert des Internationalismus nicht verabschieden ... Die Herausforderungen verlangen die Europäische Integration und nicht die Rückkehr zum Nationalstaat.“ Wie unterschiedlich dies auch bei den europäischen Linksparteien gesehen wird, macht der Austritt der Parti de Gauche aus der Europäischen Linken deutlich, nach dem Linken Bundesparteitag. Kräfte innerhalb und außerhalb der Europäischen Linken, die in Richtung Austritt aus der EU und damit zurück zum Nationalstaat tendieren, prüfen zur Zeit eine engere Zusammenarbeit oder womöglich die Gründung eines eigenen Zusammenschlusses in Europa. Damit ist im neu-

en EU-Parlament womöglich auch die Zusammenarbeit in der Fraktion GUE/NGL gefährdet, die derzeit noch über die in der Europäischen Linken organisierten Parteien hinausgeht.

Auch hier gibt es also erheblichen Klärungsbedarf. Zur Frage der Migration sind nach der heftigen einstündigen Debatte eine Klausur von Fraktion und Parteivorstand und eine Konferenz vereinbart worden. Die Haltung der Partei Die Linke zur EU muß im Vorfeld der Europawahlen ein Stück weit geklärt werden. Zur Verabschiedung des Programms wird der nächste Bundesparteitag im Winter der stattfinden. Herauskommen wird dabei nur etwas, wenn es gelingt, die weitere Diskussion zu versachlichen. Dabei würde es ja schon helfen, wenn die strittigen Fragen als zu klären eingestuft werden, statt festgefahrene Positionen zu verfestigen. Darauf werden sich nach aller Erfahrung jedoch nicht alle Akteure einlassen.

* Wolfgang Freye nahm als Delegierter der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung am Bundesparteitag teil.

Projekt Wegemarken – Sachstandsbericht Juli 2018

ROLF GEHRING, BRÜSSEL, EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Seit der Ausgabe Juni 2016 veröffentlichen wir monatlich ein Kalenderblatt in den *Politischen Berichten*. Der Bogen der Kalenderblätter spannt sich sowohl zeitlich als auch thematisch weit. Die Momente, die Emanzipationsbewegungen sozusagen ins Spiel bringen, können wesentlich in die Zeit der Aufklärung und des Humanismus zurückverfolgt werden. Ihre Klammer sind ethische Standards, die individuelle Persönlichkeit mit dem Konzept der Authentizität und der neuzeitliche Solidaritätsbegriff. Gleichwohl sind die konkreten Inhalte weit gefächert und für Wendungen und Neues offen. Dies war ja gewissermaßen auch die Ausgangsüberlegung des gesamten Projektes. Momente, die wir aufgenommen haben oder aufnehmen wollen, finden sich in den Lebensgebieten der kulturellen Freiheit, der Menschenrechte und Individualrechte, der Rechte am Arbeitsplatz, der sozialen Sicherheit, kollektiver Teilhaberechte in der Sphäre der Politik und anderen Bereichen.

Angeregt durch unser Projekt hatte die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter im letzten Jahr ein Projekt beantragt, dass genehmigt wurde und in diesem Jahr gestartet wurde. Es hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Das spezifische Ziel des Projektes ist es, eine Broschüre in acht Sprachen zu veröffentlichen, die Zeitleisten von etwa 15 Ländern beinhalten

soll, jeweils begleitet von einem oder zwei Kalenderblättern. Zeitleisten und Kalenderblätter sind ähnlich wie unsere Kalenderblätter in den *Politischen Berichten* konzipiert. Der Verwertungszusammenhang ist laut der Projektbeschreibung ein gewerkschaftlicher. Es geht darum, die zu erstellende Broschüre in gewerkschaftlichen Zusammenhängen auch als Material für Trainings zu nutzen, ausdrücklich sind Europäische Betriebsräte und transnationale Gewerkschaftsstrukturen genannt. Die Lenkungsgruppe des Projektes hat sich darauf verständigt mit den Zeitleisten thematisch einen breiten Ansatz von Emanzipationsmomenten abzubilden = Beschäftigtenrechte, Menschenrechte und Individualrechte, soziale Rechte, politische Teilhaberechte ebenso wie Frauenrechte das Recht auf Bildung und weiteres. Diesbezüglich ist als Ziel ausdrücklich festgehalten das Verständnis für den jeweiligen kulturellen Zusammenhang zu fördern und dabei thematisch aus dem engeren Zusammenhang der Lohnarbeit herauszutreten. Kontrovers wurde dort diskutiert ob „Umweltrechte“ ebenfalls ein Bezugspunkt sein sollten.

Die folgenden Länder sollen abgedeckt werden (wobei bisher noch nicht klar ist, ob tatsächlich in allen Ländern Unterstützung mobilisiert werden kann) = Belgien, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Island, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Serbien, Spanien, Türkei, Ungarn,

eventuell Mazedonien.

Am 17. Mai fand ein Workshop im Rahmen des Projektes statt, der Menschen aus elf Ländern zusammenbrachte, darunter auch eine Reihe von mittel- und osteuropäischen Ländern. Für die Diskussionen wurden auch Produkte unseres Projektes verwandt. Durch die starke konzeptionelle Überschneidung beider Projekte werden Ergebnisse des jeweils anderen Projektes leicht nutzbar.

Das Projekt findet starkes Interesse und kann an Bewegungen wie zum Beispiel die „oral history“ im englischen Sprachraum anknüpfen. Ein gigantisches Problem scheint aber in der kulturellen Differenz zu den Gesellschaften im östlichen Europa zu liegen. Bei uns ist es leicht, die Triebkraft der Reformen „von unten“ und im Spannungsfeld von Lohnarbeit und Kapital zu lokalisieren. Das hat sich dort anders ereignet. Dazu kommt das Interesse an Selbstbehauptung kleinerer Kulturräume, die Harmonisierungsbemühungen eher widerständig gegenüberstehen. Dennoch kann man sagen, dass die Deutung der EU als Sozialraum und Raum der Lebensgestaltung auf Anklang stößt. Intuitiv, weil z.B. die Idee der europäischen Sozialversicherungsnummer oder auch die (niederschwellige) Idee einer europäischen Gewerkschaftsmitgliedschaft nützliche Rechte auf die einzelne Person bezieht. Das vorliegende Format – Zeitleisten und Kalenderblätter – regt, wenn es gut geht, Ideen zur Gestaltung des Sozial- und Rechtsraums Europa, besonders EU, aber auch UN an.

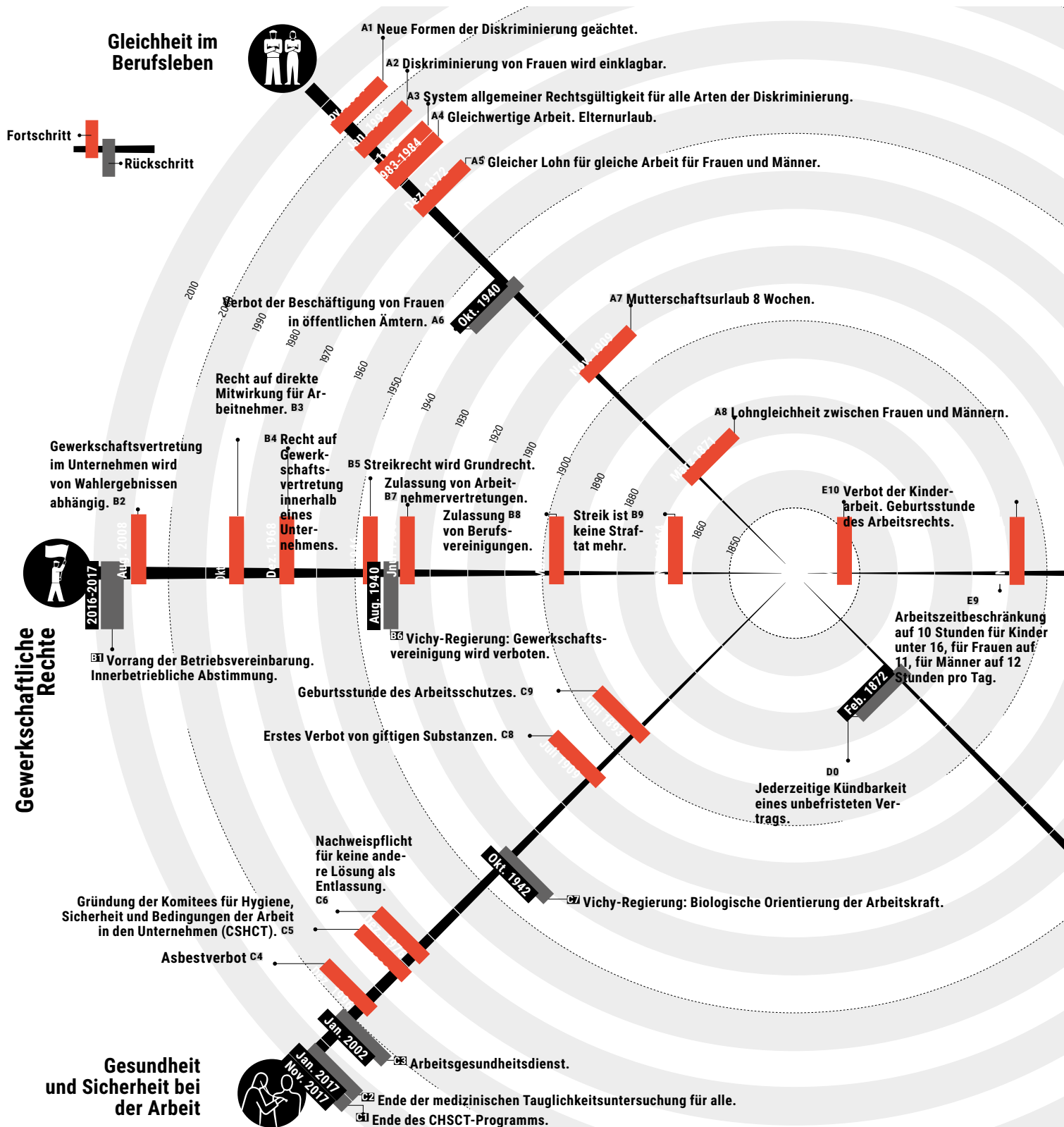
Droit du travail en vigilance orange

(Alarmstufe orange für Arbeitnehmerrechte)

DROIT DU TRAVAIL EN VIGILANCE ORANGE

Quelle und Copyright „Le Monde diplomatique“: „Travail : Combats et Utopies“ (Le monde diplomatique n°156). Wir danken der Autorin Cécile Marin für den Zugriff auf ihre Originalgrafik und Pierre Rimbert für die Ausnahmegenehmigung der Übersetzung und Reproduktion in den Politischen Berichten. Das französische Original als PDF und die deutsche Version sind auf www.linkekritik.de/fileadmin/pb1807/Droit_du_travail.pdf bzw. www.linkekritik.de/fileadmin/pb1807/pb18-07-i-s23-24.pdf zu finden.

Übersetzung: Eva Detscher



Eva Detscher, Karlsruhe. Die hier wiedergegebene und ins Deutsche übersetzte Grafik aus „Le Monde diplomatique“ ist nicht nur eine Visualisierung von mehreren Zeitleisten, sondern ordnet verschiedene Bereiche des Arbeitslebens (Piktogramme außen an den Zeitstrahlen). Erweiterung in die Vergangenheit (nach innen hin) wie auch in die Zukunft sind möglich. Außerdem ermöglicht die Darstellung als konzentrische Kreise mit

wachsende Radien (Zeitschritte von jeweils 10 Jahren) Betrachtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt oder über einem ausgewählten Zeitraum.

Die Autorin unterscheidet „Fortschritt“ („avancée“ – könnte auch als Durchbruch übersetzt werden) und „Rückschritt“ („recul“): erstere werden in der Originalgrafik rot markiert, hier im schwarz-Weiß-Druck stehen sie oberhalb des jeweiligen Zeitstrahls mit Fußnoten grau hinterlegt. Die Hauptüberschrift „Alarmstufe orange“, was dem (Früh-)

Warnsystem der Wettervorhersage entlehnt ist, verweist auf die im Original schwarz markierten unterhalb der Zeitstrahlen stehenden Rückschritte (Fußnoten weiße Schrift auf Schwarz).

Gegenüber der Originalgrafik haben wir aufgrund des kleineren Formates (DIN A3 anstatt Zeitungsseite) dafür entschieden, nur die von der Autorin hervorgehobenen Schlagworte zum jeweiligen Ereignis in die Grafik zu übernehmen. Der vollständige Text ist in der Reihenfolge der Fußnoten wiedergegeben. □

Fußnoten zur Grafik

GLEICHHEIT IM BERUFSLEBEN

- A1** Neue Formen der Diskriminierung werden anerkannt: Das Alter und die sexuelle Orientierung.
- A2** In einem Beschluss des Berufungsgerichts von Rom bringt der Richter Europäisches Recht hinsichtlich Diskriminierung von Frauen zur Geltung.
- A3** In Anwendung einer Europäischen Direktive führt zu einem System allgemeiner Rechtsgültigkeit gegen alle Arten der Diskriminierung.
- A4** Das „Loi Roudy“ setzt eine Europäische Direktive um und lässt den Begriff „gleichwertige Arbeit“ zu. Elternurlaub wird für jeden Elternteil ohne Unterscheidung nach Geschlecht möglich.
- A5** „Jeder Arbeitgeber ist gezwungen, gleiche Entlohnung für Männer und Frauen für die gleiche Arbeit und Arbeit gleichen Wertes zuzusichern.“

A6 Die Beschäftigung von verheirateten Frauen in öffentlichen Ämtern wird untersagt, Frauen über 50 Jahren müssen in Rente gehen.

A7 Mutterschaftsurlaub von 8 Wochen (wird auf 14 Wochen 1946 und auf 16 Wochen 1980 erhöht).

A8 Die Pariser Kommune verkündet Lohngleichheit für Frauen und Männer.

GEWERKSCHAFTLICHE RECHTE

B1 Das „Loi El Khomri“ bringt die von E. Macron auf den Weg gebrachten Verordnungen auf den Weg: Betriebsvereinbarungen erhalten den Vorrang vor dem Gesetz und den branchenweiten kollektiven Vereinbarungen; Arbeitgeber erhalten das Recht zu betrieblichen Abstimmungen in Fragen der Arbeitsorganisation und der Entlohnung (Überstunden).

B2 Gewerkschaftliche Repräsentation innerhalb des Unternehmens ist von jetzt an Kriterien der Zustimmung unterworfen (mindestens 10 % der Stimmen in der ersten Runde von professionellen Wahlen).

B3 Die „Lois Auroux“: Rechte direkter Meinungsäußerung für Arbeitnehmer, Rückstellungen in Höhe von 0,2 % der Lohnsumme an das Unternehmens-Komitee und Einführung des Rechts auf Arbeitsverweigerung bei gefährlichen Arbeiten.

B4 Die Gewerkschaften erhalten das Recht, innerhalb eines Unternehmens mit eigenen Sektionen und Delegierten vertreten zu sein.

B5 Die Präambel der Verfassung erklärt Streik zum Grundrecht.

B6 Die Vichy-Regierung verbietet gewerkschaftliche Zusammenschlüsse.

B7 Gesetzliche Verankerung von Arbeitnehmervertretern.

B8 Das „Loi Waldeck-Rousseau“ lässt Berufsvereinigungen zu.

B9 Der Straftatbestand „coalition“ – Zusammenkunft – wird abgeschafft. Streik ist nicht keine Straftat mehr.

die „biologische Orientierung der Arbeitskraft“ gemünzt ist (Tauglichkeitsprüfung).

C8 Erstes Gesetz, das eine giftige Substanz verbietet (Bleiweiß).

C9 Die Arbeitgeber werden gezwungen, bestimmte Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Dies ist die Geburt der Prävention zur Vermeidung von Arbeitsunfällen.

BESCHÄFTIGUNGSSICHERHEIT

D1 Kündigung von Tarifvertrag und von unbefristeten Arbeitsverträgen (CDI) mit einer Dauer von Monaten oder Jahren wird ermöglicht.

D2 Schaffung der Möglichkeit der Beendigung von Arbeitsverträgen.

D3 Das Schließen eines unbefristeten Arbeitsvertrages oder eines Arbeitsverhältnisses auf Zeit möglich.

D4 Behördliche Genehmigung von Kündigungen wird abgeschafft.

D5 Eine Verordnung begrenzt den Anspruch auf Zeitarbeit, wobei der Status des Zeitarbeiters verbessert wird. Der Zeitarbeitsvertrag wird ein Vertrag des öffentlichen Rechts.

D6 Die „Sozialpartner“ einigen sich auf eine Regelung für Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit.

D7 Der Kassationsgerichtshof legt fest, dass ein Arbeitsvertrag, der ohne Befristung geschlossen ist, jederzeit beendet werden kann, sowohl durch den Arbeitnehmer wie auch durch den Betriebsinhaber.

ARBEITSZEIT

E1 Die Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene können Gesetz und Branchenvereinbarung widersprechen auf den Gebieten der Arbeitszeit, der Einrichtung und der Entgeltstruktur sowie der Verortung des Arbeitsplatzes.

E2 Vorrang der Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene vor den Branchenvereinbarungen hinsichtlich Überstunden.

E3 Die „Lois Fillon“: die gesetzliche Obergrenze für Überstunden wird auf 180 pro Jahr angehoben. Betriebliche Vereinbarung setzt Branchenvereinbarung außer Kraft.

E4 Die „Lois Aubry“ verringern die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, im Gegenzug eine Jahresarbeitszeit eingeführt.

E5 Das „Loi Delebarre“ von 1986 erlaubt Variation bei Arbeitszeiten im Rahmen von 42 Stunden pro Woche, wobei die Branche als Verhandlungsebene vorrangig ist. Das „Loi Seguin“ von 1987, das auf Flexibilisierung abzielt, besiegt die Zerschlagung der einheitlichen Wochenarbeitszeit.

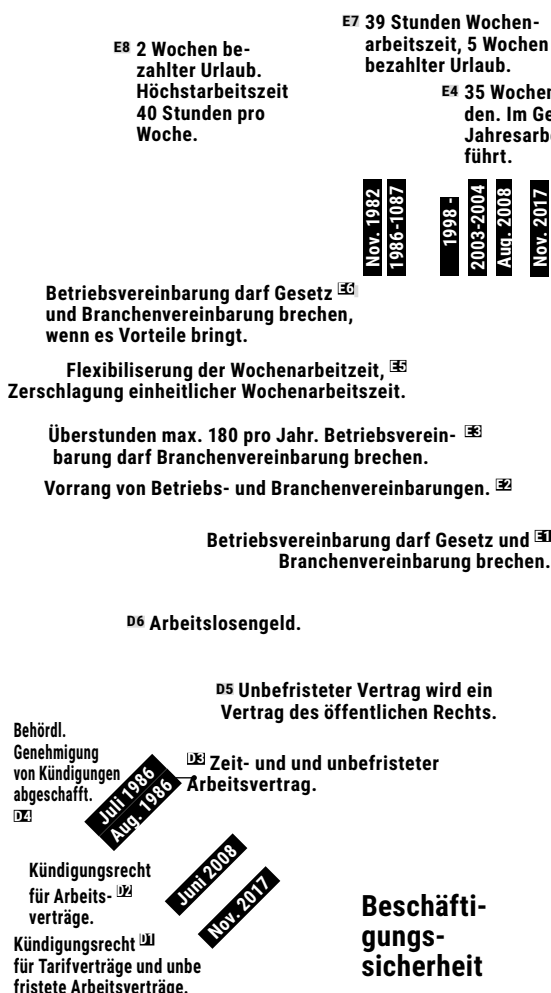
E6 Mit den „Lois Auroux“ und das erste Mal überhaupt kann eine betriebliche Vereinbarung bei vorteilhafterer Disposition das Gesetz oder Kollektiv-Vereinbarungen außer Kraft setzen.

E7 Verordnung, die die Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden begrenzt und fünf Wochen bezahlten Urlaubs einführt.

E8 Zwei Wochen bezahlten Urlaubs, höchstens 40 Wochenarbeitsstunden.

E9 Die Länge des Arbeitstages wird auf 10 Stunden für Kinder unter 16 Jahren, auf 11 Stunden für Frauen und auf 12 Stunden für Männer begrenzt.

E10 Verbot der Kinderarbeit für Kinder unter 8 Jahren und Begrenzung der täglichen Dauer auf zwischen 8 und 12 Stunden für alle anderen. Dieses Gesetz markiert die Geburt des Arbeitsrechts. □



Inhalt	
Aktuelles	2
Dreimal unilateral • Frankreich: Eisenbahn-Gesetz in Kraft getreten • Mehr als hunderttausend bei der Demo gegen den Zwölf-Stunden-Tag in Wien! • Italienische Reise: Widersprüche zwischen 5 Sterne und Lega?	
Brexit : Keine Lösung in Sicht	4
Erdogan und AKP/MHP gewinnen Wahlen in der Türkei	5
Legitimierung der Präsidialdiktatur • Erste Erklärung vom Ko-Vorsitz der HDP	
Aktionen – Initiativen	8
Nein! zum neuen Polizeigesetz NRW • Grundrechte schützen! • Landesregierung verlässt Balance zwischen Sicherheit und freiheitlichen Grundrechten • Strafverteidigervereinigung NRW lehnt den Gesetzesentwurf ab	
Bald auch in Hamburg: Individuelle Kennzeichnung für Polizeibedienstete	9
Köln: Wohnungspolitik ist das zentrale Thema der Stadt	10
Dezentrale Unterbringung statt große Flüchtlingsheime	
Berlin: Leerstand zu Wohnraum! Besetzen entkriminalisieren	11
Soziale Erhaltungssatzungen für Leipzig	11
Kommunale Politik: Thema Wohnen	12
Mieter in München von Verdrängung bedroht! • Mietwohnungen statt Militäranlagen in Mainz. darf nicht klein beigegeben! • CDU stellt sich gegen Eigenheimbesitzer. Fulda. • Mietspiegel nicht schön rechnen! Frankfurt a.M. • Berlin geht härter gegen illegale Ferienwohnungen und Leerstand vor • Mietpreistreiberin LEG: Bielefeld. • Leerstehende städtische Gebäude für Zwischennutzungen öffnen: Bonn. • Reform der Grundsteuer muss konsequent anhand der Grundstückswerte erfolgen	
Thema Pflege u. Gesundheit	13
Europäisches Arbeits- und Sozialrecht – Update	14
Verdi: „Mehr von uns ist besser für alle!“	15
Blick in die Presse	
Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten	16
Lektürebericht: Rechtspopulismus und Gewerkschaften	16
Zerbricht die Union von CDU und CSU?	18
Von Klärung auf dem Bundesparteitag nichts zu spüren	19
Erklärung des „Besonderen Treffens“ des fds vom 24.6.2018	
Projekt Wegemarken – Sachstandsbericht Juli 2018	21
Kalenderblatt: Frankreich 1841–2017, Droit du travail en vigilance orange	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 23. August 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 17. August. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2018: 23. Aug., 11. Okt., 8. Nov., 6. Dez.

Sommerschule 2018 der Linke-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“. Erfurt, 9. bis 11. August.

Die Mitgliederversammlung der ArGe hatte eine weitere Behandlung des Problemkomplexes „Strategien der Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen in der Theoriebildung und in den Emanzipationsbewegungen des 19ten Jahrhunderts“ für sinnvoll gehalten. Bei der Vorbereitung sind wir darauf gestoßen, dass das umfangreiche Material an Quellen, und die neue Diskussion nicht leicht zugänglich sind. Wir wollen deswegen so etwas wie ein „Find- und Quellenheft“ zusammenstellen, das auf Texte verweist, die in

der Geschichte der Emanzipationsbewegungen eine Rolle gespielt haben und auch den Zugang zu der umfangreichen aktuellen Diskussion über den Großen Krieg und seine Ursachen erleichtern. Zu den unten angerissenen Punkten werden von der Vorbereitungsgruppe Kurzvorstellungen gegeben, die eine Diskussion über wesentliche Inhalte und Relevanz ermöglichen. Damit soll ein Rahmen aufgespannt werden, der auch Beiträge von Genossinnen und Genossen, die an der Tagung nicht teilnehmen, aufnehmen kann.

Friedenspolitik, Völkerverständigung, zwischenstaatliche Beziehungen – Traditionslinien linker Politik

Protektionismus und Nationalismus und - allgemein gesprochen - der Trend zur Lösung von Problemen zu Lasten anderer, sind als Maximen politischen Handelns auf dem Vormarsch. Wieso fallen linke Kritik und Ansätze linker Politik gegenüber diesem Trend im Streit um die öffentliche Meinung zurück? Vielleicht, weil die linken Kritiken stark sind, die großen Gefahren unilateraler Strategien aufzuzeigen, aber schwach bleiben, wenn Konzepte zur Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen zur Debatte stehen, sei es die Europäische Union, die Vereinten Nationen oder multilaterale internationale Abkommen.

Der Problemkomplex bewegt angesichts der internationalen Krisen und der anstehenden Europawahlen viele. Wir wollen in dieser Diskussion einen Beitrag leisten. Dazu der Plan eines Find- und Quellenheftes, das auch die laufende Arbeit am Thema erleichtern soll.

DONNERSTAG 14 Uhr: Einstieg. Was ist der Stand? Bewertung von EU, Vereinten Nationen und multilateralen Abkommen:

- In der Programmatik der Linken bzw. der Europäischen Linken (BRD und ausgewählte Nachbarn),
- In den Aussagen des DGB und europäischer Gewerkschaften,
- In der Propaganda der globalisierungskritischen Bewegungen.

Es werden Quellen vorgestellt, und die Bewertung wird diskutiert. Ferner sammeln wir Literaturhinweise. Die Ergebnisse zu diesem Punkt sollen in publizierbare Form gebracht werden – siehe oben – bzw. der Rezensionstätigkeit z.B.

in den *Politischen Berichten* nützen.

Freitag: Rückblende auf die Entwicklung der tragenden Konzeptionen internationaler Beziehungen:

- Konzept des Weltstaates,
- Konzept des Empire,
- Konzept der Vereinigten Staaten,
- Konzept des Zollvereins und der Staatenverbünde,
- Konzept Hegemonialmacht und „Pax Americana“,
- Konzept „Gleichgewicht der Mächte“,
- Das Konzept der sozialen Emanzipation – Weltrevolution,
- Sozialismus in einem Land,
- Kolonialismus und Nationale Befreiung.

Hierzu wäre unser Ziel die Zusammenstellung einer Liste zugänglicher zeitgenössischer Quellen, die in einer Publikation knapp – etwa nach dem Muster eines Wikipedia-Eintrags – vorgestellt werden sollen.

Samstag: Anschlussfähige Traditionslinien linker Politik:

- Die Entstehung der Friedensbewegung, Begründungen,
- ihre Verankerung in sozialen Verbänden, Gewerkschaften, Parteien,
- in der Frauenbewegung und im Kulturbereich.

Welche fortwirkenden Impulse setzten diese Emanzipationsbewegungen und wie erklärt sich ihre Marginalisierung angesichts zugespitzter Konflikte?

Notwendigkeit der Verbindung von Friedenspolitik und Konzepten/Institutionen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit.

Vorbereitung: Christoph.Cornides@t-online.de, eva.detscher@web.de, fochlermuehne@gmail.com, karl-helmut.lechner@wtmet.de, rgehring@efbh.be. Weitere Mitarbeit willkommen.

Linke Schule der ArGe – Termin: **Donnerstag 9. August, 14 Uhr, bis Samstag 11. August, 17 Uhr – Erfurt:** – Org-Details siehe bitte bei <http://www.linkekritik.de/index.php?id=tagung>. Bitte unbedingt **bis 22. Juli anmelden** bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch **030-3980805**.